

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebküchler, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Stk Dresden), Lillengasse Nr. 12.

Insertionspreis pro dreispaltige Petitzeile 50 Pfg., für die Zeilenstellen 30 Pfg.

Bäckereiarbeiterschutz in Württemberg.

In zusammenfassender Weise stellen die württembergischen Gewerbeinspektoren zusammen, was sie zur Durchführung der Bäckerschutzverordnung getan haben. Für den ersten Gewerbeinspektorenbezirk, der neben dem Stadtdirektionsbezirk Stuttgart die Oberamtsbezirke Besigheim, Brackenheim, Leonberg, Ludwigsburg, Marbach, Maulbronn, Baihingen, Calw und Neuenbürg umfaßt, wird mitgeteilt, daß trotz der strengeren Kontrolle der Ueberschreitungen immer noch viele Ueberschreitungen der zulässigen Arbeitszeiten durch die Beamten festgestellt werden. Besonders an den Sonntagen nehmen es Meister und Gesellen mit der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen nicht genau. „weil ja die Leute nachher ausruhen können“. Einzelne Bäckermeister halten — teilweise aus religiösen Gründen — vollständige Sonntagsruhe, lassen aber dafür in der Nacht vom Samstag zum Sonntag länger arbeiten und kommen dadurch mit den Gesellen in Widerspruch. Ein Meister geht trotz öfterer Bestrafung nicht von seinen Grundsätzen ab und verlangt immer wieder Ausnahmegestimmungen, die im Gesetz nicht vorgesehen sind. Besser gehandhabt werden die Vorschriften, betreffend den Ausschlag der Tafel mit den Bestimmungen vom 4. März 1896, und das Führen der Kalendertafeln, welche neuerdings auch durchaus reinlicher gehalten werden. Wegen Verfehlungen wurden im Berichtsjahre 9 Bäckermeister um M 5 bis M 20, im ganzen um M 99 bestraft.

Als Ergebnis der Inspektionstätigkeit im zweiten Aufsichtsbezirk, der die Oberamtsbezirke Stuttgart-Umt und Böblingen und den ganzen Schwarzwaldkreis, mit Ausnahme der Oberamtsbezirke Calw und Neuenbürg, umfaßt, wird in dem Gewerbeinspektorenbericht das Nachstehende konstatiert: Die Einhaltung der Mindestruhezeit und mehr noch der zugelassenen Arbeitszeiten ließ in verschiedenen Bäckereien zu wünschen übrig, namentlich in denen, die Lehrlinge oder junge, kaum der Lehre entwachsene Gehilfen beschäftigten. Mehrfach fanden wir die Arbeitszeiten erheblich überschritten; in einigen Betrieben eines größeren Kurortes waren die Lehrlinge während der Saison sogar fast regelmäßig zu lange beschäftigt worden. Die Ueberwachung der Ueberarbeit wurde auch im Berichtsjahre wieder dadurch erschwert, daß die Tage, an denen solche stattgefunden hatte, auf der Kalendertafel äußerst selten kenntlich gemacht waren. Für ziemlich viel Verstöße konnten Verwarnungen als ausreichend angesehen werden, in sieben schwereren Fällen mußte Strafeinschreitung herbeigeführt werden, welche die Bestrafung von sieben Bäckermeistern um M 3 bis M 9, insgesamt M 30, zur Folge hatte. Außerdem wurden auf Veranlassung der Polizeibehörden 14 Bäckermeister zu Geldstrafen von insgesamt M 160 verurteilt.

Der dritte Aufsichtsbezirk fällt mit dem ganzen Donaukreis zusammen, zu ihm gehört auch noch der Oberamtsbezirk Ehlingen. Ueber ihn wird ausführlicher als über die andern Bezirke berichtet, es heißt in dem Berichte: Zuwiderrhandlungen gegen die Bekanntmachung vom 4. März 1896 sind auch im Berichtsjahre wiederholt festgestellt worden. Es gibt immer noch Unternehmer, die nur durch Zwang und fortwährende Beaufsichtigung zur Beachtung der vorgeschriebenen Arbeits- und Ruhezeiten angehalten werden können. In den verflochtenen Jahren galt es, besonders den Widerstand der älteren Meister, welche noch mit jüngerer Ausdauer an der althergebrachten Arbeitsweise hängen, zu überwinden. Heute zeigen sich auch die jüngeren Meister, die noch vor kurzem, als sie selbst Gesellen waren, die Schutzbestimmungen über die Arbeitszeit gerne für sich in Anspruch genommen haben, wenig geneigt, diese Wohlthat auch ihren Arbeitern zu gewähren. Wenn auch zugegeben werden muß, daß mancher junge Anfänger

schwer kämpfen muß, um sein Geschäft in die Höhe zu bringen, so ist es immerhin ein trauriges Zeichen, wenn er dies durch Ausbeutung des Arbeiters — in der Regel handelt es sich dabei um schwächliche Lehrlinge im ersten oder zweiten Lehrjahr — zu erreichen sucht. Ueberschreitungen der gesetzlichen Arbeitszeit bei Erwachsenen waren seltener; die Mehrzahl der Gehilfen hält selbst auf geregelte Arbeits- und Ruhezeit und würde nicht auf die Dauer in einem Betriebe bleiben, wenn in diesem Punkte keine Ordnung herrschen würde. Hin und wieder wurde die Wahrnehmung gemacht, daß die Aussagen nicht der Wahrheit entsprachen und die Arbeiter bestrebt waren, den Sachverhalt zu verschleiern. Die meisten Verfehlungen betreffen die zu lange Beschäftigung der Lehrlinge. Einen großen Mißstand bildet das Austragen der Backwaren durch die Lehrlinge. Diese Beschäftigung wird vielfach nicht als Arbeit im Sinne des Gesetzes angesehen. Werden die Meister zur Rede gestellt, dann werden die vorgekommenen Uebertretungen dem Lehrling zur Last gelegt, der, anstatt die Kunden zu besorgen, sich auf der Gasse herumtreibe; nur dadurch werde die zulässige Zeit überschritten. Hinsichtlich der Aufsichtstätigkeit der ordentlichen Polizeiorgane sind gegenüber dem Jahre 1908 keine Veränderungen eingetreten. In den größeren Orten bezw. in den Städten des Bezirks bildet sie eine wesentliche Unterstützung der Gewerbeaufsicht, in vielen Orten läßt sie jedoch sehr zu wünschen übrig. Kalendertafeln mit Vermerken der Ueberzeitarbeit wurden sehr selten angetroffen; bei Unternehmern und Arbeitern besteht immer noch die frühere Gleichgültigkeit gegen diese Vorschrift. Es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß im Durchschnitt viel mehr Ueberarbeit vorkommt, als verzeichnet wird. Ein Bäckermeister, der verwarnt werden mußte, erklärte, die Kenntlichmachung der Ueberarbeit auf dem Kalender sei Sache der Arbeiter, er könne sich um diese Dinge nicht kümmern.

Die Einhaltung der Verordnung wird wesentlich durch die technischen Verbesserungen der Betriebe unterstützt. In verschiedenen Bäckereien sind neue Oefen eingebaut worden. In zwölf Bäckereien wurde Kraftbetrieb eingerichtet. — Wegen Verfehlungen gegen die Bundesratsverordnung wurden zwölf Bäckermeister mit insgesamt M 116 bestraft.

Kürzer ist der Bericht aus dem vierten Aufsichtsbezirk, der den Jagstkreis und die den übrigen Gewerbeinspektorenbezirken nicht angegliederten Teile des Neckarkreises umfaßt. Der Aufsichtsbeamte schreibt: Verstöße gegen die Bekanntmachung vom 4. März 1896 wurden verhältnismäßig selten ermittelt. Die Mehrzahl der im Bezirk vorhandenen Betriebe ist klein oder nur von mittlerer Größe (nur zwei Betriebe haben fünf Arbeiter) und darum schon in der Lage, die Arbeit in der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit zu bewältigen. Schwierigkeiten ergaben sich in einer Bäckerei, welche Samstags zwei Schichten macht, dafür aber den Gehilfen von Samstag nachmittag 6 Uhr bis Montag morgen 2 Uhr freigibt. Technische Verbesserungen, Aufstellung neuer Oefen und Einrichtung von Motorbetrieb, wurden vielfach beobachtet. Der Aufsichtsbeamte teilt über Bestrafungen nichts mit; im übrigen sind auch die in den andern Aufsichtsbezirken ausgesprochenen Strafen so unbedeutend, daß sie zur Durchsetzung des Arbeiterschutzes kaum beitragen können.

Ueber die Sonntagsruhe beziehungsweise über die Störung der Sonntagsruhe durch die Bäckereibetriebe finden sich einige Angaben, so daß in einigen Städten des vierten Aufsichtsbezirktes den Bäckereien Ausnahmen vom Verbote der Sonntagsarbeit gewährt wurden. Weiter wird aus Stuttgart gemeldet, daß auf Ansuchen der Bäckereinnung das Austragen von Backwaren an den Sonntagen bis 9 Uhr vormittags erlaubt wurde unter der Bedingung, daß die mit solchen Arbeiten Beschäftigten

bis 11 Uhr nachts nicht zu den regelmäßigen Arbeiten gezogen werden dürfen. Den Bäckern der Stadt Neutlingen wurde die nachgesuchte Erlaubnis erteilt, ihre Arbeiter im Sommerhalbjahr an Sonntagen bis 8½ Uhr vormittags mit dem Austragen von Backwaren zu beschäftigen. Für das Winterhalbjahr ist das Austragen schon seit mehreren Jahren bis Sonntag vormittag 9 Uhr zugelassen. Ähnliche Bewilligungen wurden auch in andern Orten den Bäckermeistern zugestanden.

Eine wesentliche Verbesserung der Arbeitsräume in den Bäckereien erhofft die Gewerbeinspektion von der Ministerialverfügung vom 12. März 1909 über die baulichen und gesundheitlichen Verhältnisse in den Bäckereien. Freilich müssen die Fabrikinspektoren auch über erhebliche Schwierigkeiten berichten; denn es gibt viele alte Bäckereien, die hinsichtlich der Höhe der Arbeitsräume, der Lüftung und Beleuchtung sowie der gesamten Einrichtung als außerordentlich dürrig zu bezeichnen sind. Die Fabrikinspektoren erklären, daß da nur schrittweise vorgegangen werden kann, so daß wir auf allzu starke und auf baldige Wirkungen dieser Verordnung nicht rechnen dürfen.

Freilich ist zuzugestehen, daß im allgemeinen die Gewerbeinspektoren im Königreich Württemberg mit einem größeren Eifer die Bäckereien und Konditoreien revidieren, als dies von andern Bundesstaaten gemeldet werden kann. 1976 Bäckereien und Konditoreien handwerksmäßiger Art wurden auf Grund des § 120 e der Gewerbeordnung als revidierungspflichtig in Württemberg bezeichnet. Hieron wurden 1676 Betriebe revidiert, vereinzelt auch mehrmals. In den revidierten Betrieben waren 934 jugendliche und 1630 erwachsene Arbeiter beschäftigt. Mit Einschluß der Fabriken und fabrikmäßigen Betriebe wurden in den Bäckereien und Konditoreien 75 Zuwiderrhandlungen gegen die Arbeitsbücher, 123 wegen der Ausschläge, 71 wegen der Verzeichnisse, 56 Verfehlungen gegen Vorschriften für Lehrlinge, jugendliche und minderjährige Arbeiter hinsichtlich der Beschäftigung und der Ruhepausen, 84 Verfehlungen gegen die Sonntagsruhe, insgesamt 200 Verfehlungen festgestellt, die aber nur in 12 Fällen zu Bestrafungen der Unternehmer führten.

Der Arbeiterschutz liegt den Bäckermeistern kaum sehr am Herzen. So wird mitgeteilt, daß eine Anzahl Kinder beim unzulässigen Austragen der Backwaren zugelassen wurden; diese Kinder mußten vor Morgengrauen ihre Ware in den Bäckereien abholen, um sie rechtzeitig absetzen zu können. Diesen Bemerkungen aus dem ersten Aufsichtsbezirk kann man gleich eine aus dem zweiten Aufsichtsbezirk anfügen, wo namentlich die Beschäftigung von Kindern beim Austragen von Backwaren vor dem Schulunterricht geschah. Eine Beschwerde aus Arbeiterkreisen lautete dahin, daß mehrere Bäckermeister in einer industriellen Stadt Kinder schon um 6 Uhr morgens mit dem Brotauftragen beschäftigten. Eine Revision ergab die Richtigkeit der Beschwerde in einigen Fällen, über die das Stadtschultheißenamt mit dem Ersuchen verständigt wurde, den in Frage kommenden Bäckermeistern die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften unter Strafandrohung einzuschärfen und auch von sich aus auf die betreffenden Bäckereien ein besonderes Augenmerk zu richten. Weiter wird mitgeteilt, daß sich die Bäckermeister ununterbrochen für die Ausdehnung der zulässigen Kinderbeschäftigung beim Brotauftragen bemühen.

Damit haben wir erschöpft, was in dem Fabrikinspektorenbericht über die Bäckereien zu finden ist. Man ersieht daraus, daß selbst in Württemberg, wo die Gewerbeinspektion unzweifelhaft ernster genommen wird als in manchem andern Bundesstaat, noch vieles zu verbessern wäre.

Die Entwicklung unseres Verbandes im zweiten Quartal 1910.

Nach den Zahlen in nebenstehender Tabelle haben wir im verfloffenen zweiten Quartal 203 500 fassierte Beiträge und 2554 Neuaufnahmen zu verzeichnen, und hat mit diesem Resultat unser Verband wiederum einen Fortschritt,

wenn auch nicht allzu großen, aufzuweisen. Im ersten Quartal 1910 verzeichneten wir 202 465 vereinnahmte Beiträge und 3039 Neuaufnahmen; wir haben also im zweiten Quartal 1035 Beiträge mehr und 485 Aufnahmen weniger als im vorhergehenden Quartal zu verzeichnen. Gegenüber dem zweiten Quartal 1909, welches unserm Verbands 173 686 Beiträge und 2278 Aufnahmen brachte,

hat uns das verfloffene Quartal ein Mehr von 29 814 Beiträgen und 276 Aufnahmen gebracht. Diese beträchtliche Zunahme an Beiträgen vom zweiten Quartal 1909 zum zweiten Quartal 1910 liefert den Beweis für die günstige Entwicklung unserer Organisation und bietet uns zugleich die Gewähr, daß wir auch in Zukunft trotz aller Anfeindungen und Machinationen unserer Gegner weitere Fortschritte erzielen werden.

Das verfloffene Quartal würde schließlich für uns noch günstiger abgefallen sein, wenn nicht in dieses der Verbandstag gefallen wäre, wo bekanntlich die Agitation zur Werbung von neuen Mitgliedern etwas in den Hintergrund tritt und sich die Zahlstellen mehr mit der Tagesordnung des Verbandstages beschäftigen und über zu stellende Anträge beraten. Wie aus der Tabelle zu ersehen, ist es von allen Gauen nur der Gau Leipzig, der im verfloffenen Quartal 64 Neuaufnahmen mehr als im vorhergehenden Quartal aufzuweisen hat. Außerdem sind bei den Einzelzählern der Hauptkasse 8 Aufnahmen mehr zu verzeichnen, während Gau Berlin 10, Hamburg 12, Frankfurt 249 und Gau München 126 Aufnahmen weniger als im vorhergehenden Quartal verzeichnen. An Beiträgen sind weniger fassiert im vergangenen Quartal gegenüber dem vorhergehenden Quartal im Gau Frankfurt 1190, im Gau München 123 und bei den Einzelzählern der Hauptkasse 366. Hingegen sind mehr Beiträge eingegangen im Gau Berlin 1234, im Gau Hamburg 259 und im Gau Leipzig 1221.

Inwiefern die einzelnen Zahlstellen Fortschritte oder Rückgänge an Aufnahmen und Beiträgen zu verzeichnen haben, geht aus der Tabelle selbst hervor. Vom ersten Quartal wurden in das zweite Quartal 113 Zahlstellen übernommen und zu Beginn des zweiten Quartals die Zahlstelle Schweinfurt neu errichtet. Von den 113 zum zweiten Quartal übernommenen Zahlstellen haben 53 einen Fortschritt und 57 einen Rückgang in der Beitragszahl aufzuweisen, während 3 Zahlstellen in der Beitragszahl gleichgeblieben sind. Im Gau Berlin haben 11 Zahlstellen einen Fortschritt und 7 Zahlstellen einen Rückgang an Beiträgen zu verzeichnen. Die Beitragszahl hat sich ferner vermehrt im Gau Hamburg in 7 Zahlstellen, im Gau Leipzig in 12 Zahlstellen, im Gau Frankfurt in 16 Zahlstellen und im Gau München in 7 Zahlstellen. Zurückgegangen ist die Beitragszahl neben 7 Zahlstellen des Gaues Berlin in 11 Zahlstellen im Gau Hamburg, in 10 Zahlstellen im Gau Leipzig, in 20 Zahlstellen im Gau Frankfurt und in 9 Zahlstellen im Gau München.

In den Zahlstellen, die einen Rückgang an Beiträgen aufweisen, wird nun in erster Linie von unfern Mitgliedern die Agitation zur Werbung von neuen Mitgliedern mehr denn je in Angriff genommen werden müssen, aber auch die Zahlstellen, die Fortschritte in der Organisation im verfloffenen Quartal aufzuweisen können, dürfen nicht erlahmen in der Agitationsarbeit und planmäßigen Kassierung der Beiträge aller Mitglieder. Wird allwärts mit Eifer und Ausdauer die Agitation und Beitragskassierung betrieben, dann kann in den folgenden Quartalen über eine weit günstigere Entwicklung unserer Organisation berichtet werden.

Die Streikkugel.

Aller Fortschritt, alle Kultur geht vom Westen aus. Das haben uns die Gelehrten oft versichert. So hat die Wiege der kapitalistischen Wirtschaftsweise in England gestanden, und ihre legitimen Kinder, die modernen Gewerkschaften, haben sich dort zuerst kräftig gerührt. In politischer Hinsicht hat Frankreich seit langem die Führung; es genügt, an den weltumwälzenden Einfluß der großen Revolution zu erinnern. Die parlamentarische Regierung ist, wie ja auch in England, durchgeführt. Die demokratische Republik herrscht.

Trotzdem sehen wir hier immer wieder das lehrreiche Schauspiel, wie die Machtmittel des Staates der modernen Arbeiterbewegung gegenüber angewandt werden, wie das Militär sowohl in politischen wie wirtschaftlichen Kämpfen die Schutztruppe der Herrschenden beim des Unternehmertums gegen den „inneren Feind“ bildet. Die letzten Jahre sind voll von Beispielen dieser Art; sie beweisen deutlich — wie beiläufig bemerkt sei —, daß die politische Freiheit allein es nicht tut, daß Erfolge nur von starken, festgeschlossenen Organisationen errungen werden können, daß namentlich auf gewerkschaftlichem Gebiete sich der republikanische und königstreue Kapitalismus als Brüder darstellen, die nicht zu unterscheiden sind. Leider ist die Zersplitterung der Arbeiterbewegung in Frankreich zu Haus; das leidenschaftlichere Temperament scheint dort häufig die kühle Vernunft an ihrer zusammenschaffenden Herrschaft zu hindern. Um so schwerer natürlich die Arbeit der Gewerkschaften, um so schwieriger für sie, sich dem brüderlich vereinigten Unternehmertum und Militarismus gegenüber zu behaupten und Erfolge zu erzielen.

Von dieser speziellen Note abgesehen, ist das Bild in allen Ländern mit kapitalistischer Kultur das gleiche: die bewaffnete Macht, Militär und Polizei, steht immer auf der Seite des Unternehmertums und der sogenannten Arbeitswilligen, mag ein Streik sich auch um die Abschaffung des himmelschreienden Unrechts drehen, mögen die Herren und ihre verkommenen proletarischen Handlanger sich auch so provozierend wie nur möglich benehmen. Wir in Deutschland brauchen ja nur an Mansfeld zu denken, wo die Arbeiter sich das gesetzliche Recht auf Organisation erringen wollten und auf die geeinigte Bilanz des Kapitals, der bewaffneten Macht und der Justiz stießen! Wenn es trotzdem nicht zu großem Blutvergießen gekommen ist, so hat man das dem Einfluß der Arbeiterorganisationen in erster Linie zu danken, die besser als ihre Gegner wissen, daß wirtschaftliche Kämpfe nicht auf der Straße entschieden werden.

Man darf aber wohl auch annehmen, daß viele der Offiziere, die die Truppen gegen den „inneren Feind“ führen müssen, nicht sehr erbauet von dieser Aufgabe sind; denn daß man hier keine Lorbeeren ernten kann, liegt auf der flachen Hand, handelt es sich doch darum, eine wehrlose Menge mit Maschinengewehren und scharfgeladenen Flinten zu dezimieren. Und dann: so eine einzige Kugel, die „gut“ trifft, durchschlägt unter Umständen ein halbes

Table with columns for years 1903-1910 and sub-columns for average contributions and new members. Rows list various regions like Gau Berlin, Gau Hamburg, Gau Leipzig, Gau Frankfurt a.M., Gau München.

Duzend Menschen auf einmal, und wo ein paar Maschinen-
gewehre speien, werden die Leiber reihenweise fallen. Die
Fürchterlichkeit eben dieser Geschöswirkung mag zuweilen
selbst auf robuste Soldatengemüter ihre hemmende Wir-
kung ausüben, bei dem menschlich fühlenden Offizier wird
sie sicher oft das todbringende Kommandowort zurück-
halten.

Offenbar sind es ähnliche Erwägungen gewesen, die
nun zu der verblüffenden Erfindung einer „Streikfugel“
geführt haben.

Auch dieser „Kulturfortschritt“ kommt aus dem west-
lichen Europa. Wie der Pariser Korrespondent des „Vor-
wärts“ berichtet, haben französische Techniker der Schieß-
schule von Chalons ein Geschöb konstruiert, das sich durch
eine besonders „milde Wirkung“ auszeichnet. Die bisher
aus dem Lebelgewehr versandten Kugeln durchbohrten noch
auf eine Entfernung von 1500 m sechs Menschen. Nun
unterscheidet so ein Blei- oder Stahlstück bekanntlich nicht
zwischen Streitenden und Nichtstreitenden. Der am
„Kriegsschauplatz“ vorüberwandelnde „ruhige Bürger“ kam
in Gefahr, von einer vaterländischen Kugel getroffen zu
werden. Solche Vorkommnisse pflegen nicht patriotisch
aneifernd zu wirken; in parlamentarisch regierten Ländern
kann darüber unter Umständen eine ganze Regierung
fallen. So zerquälten sich denn die Militärtechniker ihr
Hirn und erfanden die Aluminiumkugel, ein Geschöb, das
innen hohl ist, nur 500 m weit trägt und Ritzwunden er-
zeugt. Es zerplatzt beim Aufprallen und wird deshalb
in der Regel nur eine Person kampfunfähig machen.
Verschiedene Schildwachen sollen mit dieser entzückenden
Erfindung der Neuzeit ausgerüstet werden, vor allem aber
ist sie dazu bestimmt, widerpenstige Arbeiter in Str e i k -
gebieten zur Reize zu bringen. Daß dies die Haupt-
sache ist, geht auch aus dem Namen hervor: „Streikfugel“
ist das neue Geschöb von den Militärs selbst gekauft
worden!

„Streikfugel“

Wenn jemand etwa die Absicht gehabt hätte, das
ganze Gland unserer kapitalistischen Wirtschaftsweise in
einer bißigen Satire an den Pranger zu stellen — er
hätte nur die Geschichte von der Streikfugel zu erfinden
brauchen. Für den, der lesen kann, offenbar sich in diesem
einen nichtswürdigen Wort der ganze Charakter unserer
heutigen Gesellschaft. Es ist eine unbeabsichtigte Selbst-
verhöhnung ohnegleichen, ein blendendes Bild aus dem
Spiegel, in dem der „soziale Staat der Gegenwart“ sich
selbst mit hochachtungsvoller Verbeugung begrüßt.

„Streikfugel“

Warum streikt man? Doch wohl, um nicht zu hungern,
um seine Familie und sich selbst einem Zustande näher-
zubringen, den man als menschlich bezeichnen kann. Man
streikt, um Muße zu erlangen: Zeit für seine eigenen
Angelegenheiten, um sich geistig zu vervollkommen, um
aufzuhören, zu jeder Stunde ein Sklave zu sein; man
streikt, um schlechter Behandlung zu entgehen, sich
permanenter Qualereien zu erwehren; man streikt, um
sich vom Herrenübermut gesetzliche Rechte zu erkriegen, kurz:
man streikt, um tausendfaches Unrecht, das die Arbeitenden
erdulden, in der einen oder andern Hinsicht zu mildern.
Darauf antwortet der moderne Staat also gelegentlich
mit einer Kugel. Mit der extra für diesen Zweck her-
gestellten Streikfugel.

Er könnte anders antworten, nicht wahr?

Er könnte beispielsweise sagen: der Staat ist die
organisierte Gemeinschaft aller Angehörigen der Nation.
Sein vernünftigster Zweck kann deshalb nur sein, für
die größtmögliche Wohlfahrt aller seiner Glieder gleich-
mäßig zu sorgen. Die einseitige Bevorzugung bestimmter
Klassen oder Stände widerspricht dem Wesen des Staates.
Daher muß er Interessen, die einander widerstreben,
ausgleichen, muß, wenn ihm dies nicht gelingt, das Recht
der Schwachen gegenüber dem Unrecht der Starken fördern.
Die Kapitalisten anerkennen den Mehrwert der Arbeit. Die
Gewerkschaften wollen einen kleinen Teil dieses Mehrwerts
zurückerobern; ihr Zweck ist ferner die kulturelle Höher-
führung der Unterdrückten. Kein Zweifel: der Staat muß
sie mit allen gesetzlichen Mitteln unterstützen. Auch des-
halb, weil die Arbeit die eigentliche Quelle der Staatskraft
ist: das Volk schafft den Reichtum des Landes und schließ-
lich: es deckt, wenn es sein muß, mit seinem Leibe die
Grenzen.

So etwa könnte der Staat sprechen.

Er kann es nicht, weil er ein Klassenstaat, weil er
ein vom Kapital beherrschter Staat ist.

Er will aber auch ein humaner Staat sein; er
braucht die Gloriole der Humanität mit Rücksicht auf den
politischen Unterbau der Kapitalsherrschaft. Die unan-
geklärten Arbeiter müssen in ihrer Unselbständigkeit er-
halten, und es muß ihnen darum die Lüge suggeriert
werden, der Staat sei wirklich eine unparteiische Wohl-
fahrtsanrichtung für alle. Es müssen ferner jene breiten
Schichten, die man im weitesten Sinne als Mittelstand be-
zeichnen kann, bei guter Laune erhalten werden. Aus
diesen Kreisen erwischen von Zeit zu Zeit gewisse moralische
Forderungen, die sich in der Regel nur durch ihre Halbheit
und Unklarheit auszeichnen. Ein dunkles Gefühl der
Humanität wird wach und empört sich gegen diese oder
jene Einrichtung des Staates, spontane Neuerungen
wärmfühlender Menschlichkeit (man erinnere sich der Heim-
arbeiterbewegung) alarmieren die Deffentlichkeit und ver-
gehen eilig, wie sie schnell gekommen sind.

Kurz: der Staat hat alle Ursache, die Pfeiler seiner
Macht nicht durch rücksichtslose Brutalität nach unten zu
erschüttern.

„Blut ist ein ganz besonderer Saft!“

Eine umfangreiche Anwendung der Scharfgeschosse
gegen den „inneren Feind“ würde auch in den eben ge-
zeichneten Schichten Empörung wecken, würde die öffent-
liche Meinung zum Protest aufrufen, müßte also den An-
hang der Regierung vermindern und seinem humanitären
Bürgerbild einen schmerzlichen Stoß versetzen.

Aber die Streikfugel?

Die Streikfugel ist ein Erzeugnis der Humanität selbst!
Die Streikfugel beweist ja deutlich und zweifelslos, daß
es dem Staat bitterer ist als mit seiner Humanität. Erstens
werden die „ruhigen Bürger“ verschont, wenn sie nicht zu
nahe heran kommen, und die Arbeiter kriegen nur Ritz-
wunden, sofern sie nicht etwa das Auge hinhalten oder

eine sonst leicht zu durchschießende Stelle. Immerhin: auf
jede Kugel kann höchstens ein Loter kommen.

Das ist doch human, nicht wahr?

Ja, wir zweifeln wirklich nicht daran, daß diese Streik-
fugel, wenn sie sich nur erst „bewährt“ hat, als eine
löbliche Frucht der Humanität gepriesen werden wird.

Vorläufig wäcßt diese Frucht nur in Frankreich.

Ob man sie nach Deutschland importieren wird?
Unsere Junker sind nicht für halbe Maßregeln, und
die berühmte „preussische Sparsamkeit“ könnte es in
Anbetracht der vorzüglichen Scharfgeschöswirkung Munition-
verschwendung heißen, wenn man sechs Kugeln an-
wenden will, wo eine genügen würde.

Aber vielleicht findet die Regierung, wenn politische
Verlegenheiten es erfordern, darin eine „Annäherung an
den liberalen Gedanken“?

Wer kann's wissen?

Wir würden dann herrliche Dinge erleben, soviel
steht fest.

Die Hemmungen, die heute die Kugel im Flinten-
lauf halten, fielen größtenteils fort.

Was bisher fürchterlicher Ernst war, könnte von
robustern Gemütern zum Sport gemacht werden: Proleten-
jagd!

Warten wir's ab.

Auch die Aluminiumkugel wird an der Geschlossenheit
der deutschen Gewerkschaften zerpringen.

Aber in den Museen der Zukunft wird man die Streik-
fugel als Glanz- und Prachtstück zeigen, als ein Zeugnis
von der Humanität des zwanzigsten Jahrhunderts. Oder
als Beweis einer Barbarei.

Die Hygiene der Backwaren.

Von Dr. med. W. Sanauer, Frankfurt a. M.

Die Kunst der Brotbereitung ist eine sehr alte.
Wahrscheinlich stammt dieselbe aus Ägypten, von wo sie
von andern Völkern übermittelte wurde. Ursprünglich sah
man das grob zerleinerte Getreideforn in Form eines
Breies oder einer Suppe, erst später lernte man das un-
gesäuerte, dann das gesäuerte Brot kennen. Die sehr im
Altertum die Kunst der Brotbereitung geschäzt wurde, geht
daraus hervor, daß man sie als Geschenk Gottes betrachtete.
Die erste Form des Brotes war ein ungerorenes Gebäck,
ein dünner Fladen, der angefeuchtet gegeben wurde. Die
Kunst, den Teig durch Gärung zu baden, ist schon früh
bekannt. Die Griechen und Römer benutzten als Gärungs-
erregere ein an der Sonne getrocknetes Gemisch von Kleie
und gärendem drei Tage altem Most.

Was die Zusammensetzung des Brotes anlangt, so
weichen frisches und altes Brot viel weniger voneinander
ab, als man nach dem verschiedenen Geschmack glauben
sollte. Der einzige Unterschied liegt in dem verschiedenen
Wassergehalt. Kennen wir nun auch die chemische Zu-
sammensetzung der verschiedenen Brotsorten, so kennen
wir noch keineswegs den wirklichen Nährwert derselben.
Besonders bei Beurteilung des tatsächlichen Nährwertes
der einzelnen Brotsorten ist im Auge zu behalten, daß
dem menschlichen Organismus nicht alles zugute kommt,
was er genießt, sondern lediglich, was er in seine Säfte-
masse aufnimmt. Da im allgemeinen die Verdaulichkeit
eines Nahrungsmittels um so größer ist, je leichter die
einzelnen Nährstoffe, aus denen es besteht, den Ver-
dauungssäften zugänglich gemacht werden, so wird das
Brot um so besser ausgenützt, je lockerer und poröser es ist.
Vom hygienischen Standpunkt ist gerade deshalb die Not-
wendigkeit einer ausgiebigen Lockerung des Teiges zu
betonen. Auf die Verdaulichkeit des Brotes sind noch
zwei andere Momente von nicht zu unterschätzendem Ein-
fluß, der Gehalt an Säure und an Kleie. Was die Kleie
anlangt, so ist bekannt, daß sie vom menschlichen Organismus
fast gar nicht verdaut wird. Von der groben Kleie
kann daher dem menschlichen Organismus nur ein äußerst
geringer Teil ihrer Eiweißsubstanz unferm Körper zugute
kommen. Wenn das Schwarzbrot auch etwas mehr an
Eiweiß enthält, so führt es dem Organismus doch erheb-
lich weniger zu, als die gleiche Menge Roggenfeinbrot und
Weizenbrot. In hygienischer und volkswirtschaftlicher
Beziehung hält Dr. Brahm in Berlin dies für bedeutungs-
voll, da der Mensch einen bestimmten Eiweißbedarf mit
einem erheblich geringeren Quantum von Weizen- und
Roggenbrot decken kann als vom Schwarzbrot.

Vergleicht man nun den Nährwert der Brotsorten mit
dem Preise derselben, so findet man, von dem Grundsatz
ausgehend, daß eine rationelle Abschätzung der letzteren
unmöglich allein auf Grund seiner chemischen Zusammen-
setzung, sondern nur im Vergleich mit seiner Verwertung
möglich ist, daß das grobe oder schwarze Roggenbrot nicht
nur absolut, sondern auch relativ billiger ist, das heißt bei
geringerem Preise gleiche Mengen Nährstoff liefert, wie
die übrigen Brotsorten. Erwähnt sei noch, daß vielen
Menschen das grobe Brot besser mundet, als das feine,
wohl mit bedingt durch den Gehalt an Säuren, die den
frischen Geschmack bedingen. Nach dem Genuß des groben
Brottes herrscht auch ein Gefühl der Sättigung längere Zeit
vor, woraus dann häufig, wenn auch unrichtigerweise der Schluß
gezogen wird, daß das grobe Brot mehr kräftige, wie das
feine. Das durch die Anfüllung des Magens mit einem
derbkonfistenten Nahrungsmittel erzeugte Gefühl der Sätti-
gung und die dunkle Empfindung stärkeren Arbeitens der
Verdauungsorgane wird mit dem Gefühl größerer Kräfti-
gung verwechselt. Zu wünschen ist, daß das gröbere Brot
durch bessere Sorten mehr und mehr verdrängt wird, weil
erstere schwer verdaulich und schlechter ausgenützt wird.

Ueber die Brotfrage hat kürzlich N. S. W i l k e für das
preussische Kriegsministerium eine Abhandlung geschrieben,
der wir einige recht beherzigenswerte Ausführungen ent-
nehmen. Durch den Trockenmehlprozeß wird das Getreide
in Kleie und Mehl zerlegt; je größer die Kleie, desto feiner
das Mehl. In dem Maße, wie sich das Mehl verfeinert,
vermindert sich sein Nährgehalt. Der Nährwertunterschied geht
in die abgegebene Kleie über. Die Meinungen über den
Nutzen der Kleie im Brot gehen weit auseinander. Liebig
und Graham traten für die kleiereichen Brotsorten ein,
Bischoff befürwortet die kleiarmeren Brotsorten (Wäckerbrot).

Was nun den Nährwert anlangt, so ergibt sich, un-
geachtet der bei Schwarzbrot um 10 pSt. geringeren Aus-
nutzung als bei Semmel, daß 100 Teile Roggenkleie rund
25 pSt. verdauliches Eiweiß und 35 pSt. Nährsalz mehr ent-
halten, als 100 Teile ff. Weizenmehl Nr. 0. Zu rügen ist
an den kleiereichen Brotsorten nur die unnötige Belastung
der Verdauungsorgane. Es gilt daher ein Brot zu
schaffen, das den ganzen Getreidenährwert in leicht ver-
daulichem und gut bekömmlichem Zustande enthält. Denn
wohl muß den kleiereichen Broten ein höherer Nährwert
zugefunden werden, als dem kleiarmeren Brot. Dafür
belastet es aber mit seinem hohen Gehalt an harter Holz-
faser auch den Magen und den Darm weit mehr als das
kleiarmer Brot, während dieses wiederum infolge seines
Mangels an Eiweißkörpern, Fettsubstanzen und Mineral-
salzen als Grundlage für unsere Ernährung ungenügend ist.

Ueber das feltene Vorkommen von Blei im Brotmehl
und dadurch hervorgerufene Vergiftungen, berichtete Sanitätsrat
Dr. Niemann in Holzminden. Die Vergiftungs-
fälle ereigneten sich in Regenborn und waren dadurch ent-
standen, daß ein Müller die Löcher des Mühlsteins mit
Blei ausgegossen hatte. Sanitätsrat Dr. Niemann konnte
119 Fälle feststellen, seiner Schätzung nach waren mehr
als 200 Fälle vorgekommen. In 100 Gramm Brot war
durchschnittlich 0,017 Gramm metallisches Blei enthalten.
Die Krankheitserscheinungen traten auf, nachdem drei bis
vier Wochen Meibrot gegessen und somit im ganzen 2,6 bis
3,5 Gramm Blei eingeführt worden waren. Während die
Männer ausnahmslos schwere Koliken hatten, litt von den
untersuchten 14 Kindern im Alter von 5 bis 15 Jahren nur
eines an Bleikolik. Bei den Kindern traten statt der Kolik
Durchfälle und Erbrechen auf, als deren Ursache die Ver-
giftung des im Magen gelösten Bleies angenommen werden
mußte. In 38 frischen Fällen war ein Bleisaum am
Zahnfleisch 29 mal vorhanden und fehlte in 9 Fällen.

In den „Blättern für Volksgesundheitspflege“ wird
von Gesundheitsgefährdungen durch Konditoreiwaren be-
richtet, welche sich auf die steigende Verwendung zweier
Zutaten erstrecken sollen, auf das Bittermandelöl
und die Liköre. Es wird dort ausgeführt, daß sehr viele
Konditoren sich heute nicht mehr bei der Herstellung von
Marzipan und Makronen nach alter Sitte mit Mandeln
begnügen, sondern sie nehmen das an Blausäure sehr
reiche Bittermandelöl, von dem mehrere Tropfen dem Teig
zugefetzt werden. Daß dadurch unter Umständen Schaden
angerichtet werden könne, beweise ein Fall, der neuerdings
in Berlin zur Beobachtung gekommen sei. Eine Dame
erkrankte mit starkem Erbrechen, Atemnot und schwerer
Benommenheit, das Erbrochene hatte einen ausgeprägten
Geruch nach Mandeln und als Ursache des Anfalls wurde
ärztlicherseits eine Bittermandelbergiftung festgestellt, ver-
anlaßt durch den Genuß eines halben Stüdes Makronen-
kuchens, das intensiv nach Blausäure roch. Auch die Füllung
von starken Alkoholarten in Bonbons kann gesundheits-
schädlich sein, weil Hauptkonsumenten für Pralines und
Süßigkeiten Frauen und Kinder sind, also im allgemeinen
des Alkohols ungewohnte Personen. Daß selbst Mädchen
von 20 Jahren solchem versteckten Alkoholgenuß erliegen
können, beweist die Tatsache, daß man solche junge Damen
betrunken in ihrem Zimmer gefunden hat. Roggenpralines
sollten daher unter besonderem Verschuß mit entsprechen-
der Aufschrift gehalten werden, damit sie nicht zwischen die
für die Kleinen bestimmten Süßigkeiten gelangen.

Dr. Wilhelm Liebknechts zehnjährigem Todestage.

Am Sonntag, 12. August 1900, war's, als ein unüber-
sehbarer, stundenlanges Zug von Proletariern beiderlei
Geschlechts Wilhelm Liebknecht, den neben Bebel populär-
sten Führer der deutschen sozialdemokratischen Partei,
von Charlottenburg aus nach dem Berliner städtischen
Friedhofe in Friedrichsfelde das letzte Geleit gab. Berlin
sah ein Leichenbegängnis wie noch nie zuvor — das ganze
Volk der Arbeit, soweit es zu politischem Denken erzogen
war, hatte sich eingefunden oder hatte seine Vertreter aus
allen Landen geschickt.

Der „Alte“, wie Liebknecht kurzerhand in Partei-
kreisen genannt wurde, war am 7. August, morgens gegen
4 Uhr, unerwartet durch einen Gehirnschlag aus dem
Meiden der Lebenden gerissen worden. Unerwartet trotz
seiner 74 Jahre; denn bis zur vorhergehenden Mitter-
nachtsstunde hatte er noch im Parteidienst seine Kräfte
angespannt, er, der nimmer rastende und allzeit Bereitete,
wenn es galt, durch Wort und Schrift für die Entrechteten
einzutreten. Er war eben nicht nur der bewährte und er-
folgreiche Führer im Kampfe des Proletariats, er war
auch das leuchtendste Beispiel opferfreudiger und gewissen-
hafter Pflichterfüllung und deshalb soll sein Wirken auch
dem jüngeren Nachwuchs in der Arbeiterbewegung an
Gedenktagen wie dem jetzigen kurz in Erinnerung gebracht
werden.

Allerdings können wir uns nur mit seinem äußeren
Lebensgange beschäftigen; denn sein Gesamtwirken in
dem hier gesteckten Rahmen auch nur annähernd zu er-
fassen, ist nicht möglich. Liebknechts Lebensarbeit ist die
Geschichte der deutschen Sozialdemokratie! Nur die größe-
ren Etappen seines Schicksals sollen also gestreift werden
und wir halten uns dabei in der Hauptsache an das Bild,
das Kurt Eisner in „Wilhelm Liebknecht — Sein Leben
und Wirken“ (Berlin 1906, Buchhandlung Vorwärts) ge-
geben hat.

Geboren am 29. März 1829 zu Gießen als das dritte
Kind eines Registrators, vermahte Liebknecht frühzeitig und
wurde von der Verwandtschaft, der Familientradition ent-
sprechend, zur Beamtenlaufbahn bestimmt. Er besuchte
das Gymnasium, kam mit 16 Jahren auf die Universität
und studierte Theologie, Philologie und Philosophie in
Gießen und Berlin. Bald kam er aber hier mit sozialistisch
gesinnten Studentenkreisen in Berührung und schon 1846
bezeichnete er sich selbst als Kommunist. Im genannten
Jahre erhielt er bereits seine erste Ausweisung aus
Berlin und auf einem Abstecher nach Böhmen wurde er
gleich nachdem als „verdächtig der Teilnahme an der
polnischen Verschwörung“ wieder über die Grenze gebracht.
Die auf dem ganzen öffentlichen Leben damals lastende
Reaktion ließ in ihm dann den Gedanken erwachen, nach
Amerika auszuwandern, aber schließlich siedelte er nach

der Schweiz über, um dort den sich ankündigenden Um-
schwung im politischen Leben Deutschlands abzuwarten.
Er wirkte in Zürich als Lehrer an der Fröbelschen Muster-
schule; als Schulmeister fühlte er sich ja, wie er selber
gern hervorhob, sein Lebenlang. Ist es auch im besten
Sinne des Wortes für die Volksmassen gewesen.

Liebknechts Aufenthalt in Zürich währte aber nur
kurz. Der Völkerruf hatte in Frankreich seinen Ein-
zug gehalten, das Bürgerkönigtum war im Februar in
Paris gestürzt worden und der junge Mann eilte in
seinem Feuereifer nach dort, um sich Georg Herwegh zur
Verfügung zu stellen, der eine deutsche Legion auszurü-
stete, welche die Revolution nach Deutschland bringen sollte.
Eine plötzliche Erkrankung hinderte aber Liebknecht, an
diesem phantastischen Plane aktiv teilzunehmen, und er
kehrte nach seiner Genesung auf kurze Zeit nach Zürich
zurück, um dort seine frühere Tätigkeit nochmals auf-
zunehmen. Doch im September bereits finden wir ihn
in einem Nebenkorps der in Süddeutschland kämpfenden
republikanischen Freischärler. Nachdem die Haupttruppe
derselben geschlagen war, erreichte auch den von seinem
Korps verprengten Liebknecht das Schicksal. Er wurde
überwältigt und gefangen und entging dem Standrecht
nur durch einen glücklichen Zufall, mußte jedoch in
Säckingen und dann in Freiburg Staatsquartier be-
ziehen. Dort sah er acht Monate in Untersuchungshaft.
Als im Mai 1849 die Schwurgerichtsverhandlung statt-
finden sollte, hatte sich aber auf kurze Zeit das Glück
wieder den Revolutionären zugewendet; die Soldaten
waren zum Volk übergegangen und so wagte selbst der
Staatsanwalt nicht, eine Bestrafung Liebknechts zu be-
antragen. Er war frei und nahm noch an den letzten
Kämpfen teil. Im Juni 1849 wurde er noch einmal drei
Tage in Untersuchungshaft geworfen, aber wieder laufen
gelassen und ging dann nach Genf, dem Aufenthalt vieler
politischer Flüchtlinge.

Hier wurde er Mitglied des Genfer Arbeitervereins
und bald dessen Leiter sowie nach dem Zusammenschluß der
deutschen Arbeitervereine der Schweiz der Obmann des
Bundes. In einem durch seine kommunistische Agitation
herborgegerufenen Streite der Geister innerhalb des
Bundes blieb er Sieger. Aber die Schweizer Regierung
traute ihm den wahnwitzigen Plan zu, die Schweizer
Arbeitervereine zu einem Putzstreik gegen Deutschland zu
verwenden zu wollen, setzte ihn zwei Monate in Unter-
suchungshaft und wies ihn dann aus.

Der wieder Heimatlose ging jetzt nach London. Hier
verband ihn bald innige Freundschaft mit dem gleichfalls
im Exil lebenden Karl Marx, und dieser wurde nun sein
Leiter in den weitem politischen-sozialen Studien, denen er
sich trotz mitternächtlicher Not hingab. Von dem elter-
lichen Erbe war nun nichts mehr übrig und außerdem
war er jetzt verheiratet; er hatte in seiner dreiwertel-
jährigen Untersuchungshaft in Freiburg sich mit der Tochter
des dortigen Gefängnisinspektors verlobt und sie nun
heimgeführt. Von einem Wohlleben war während der
13 Jahre, die er in London zubrachte, bis die Amnestie
nach der Kronbeitragung Wilhelms I. die Rückkehr nach
Preußen gestattete, überhaupt nie die Rede; denn er mußte
sich als Privatlehrer und als Korrespondent einiger festlan-
discher Zeitungen durchschlagen. Wir müssen aber auch die
Einsamkeiten dieser Leidenszeit übergehen.

Im Jahre 1862 kehrte er nach Deutschland zurück und
nun wurde er dem Proletariat der bedrückte Vermittler
der Lehren Karl Marx', der gewissenhafteste Erzieher der
Volksmassen zu klarer politischer Erkenntnis! Aber zu-
nächst hatte er sich erst eine Existenz zu gründen; er fand
eine solche durch ein Anerbieten des alten Achtundvierziger
Braf, der damals die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“
als Organ für großdeutsche republikanische Bestrebungen
gegründet hatte, die Redaktion dieses Organs zu überneh-
men. Das Wirken in dieser Stellung nahm jedoch ein
schnelles Ende; als Liebknecht gewahrt wurde, daß Braf
sich von dem kurz vorher aus Kuder gekommenen Bismarck
kaufen ließ — Bismarck brauchte eine ihm gehorsame
Presse —, ließ er die kaum gewonnene Position fahren
und stand wieder vor dem wirtschaftlichen Nichts! Neue
Sorgen begannen; die Familie konnte nur durch schrift-
stellerische Arbeiten für auswärtige Wälder und die Be-
richterstattung über die Verhandlungen des preussischen Ab-
geordneten erhalten werden, bald setzten auch wieder
die polizeilichen Schikanen gegen ihn ein, als er offen
gegen die Bismarckschen Pläne auftrat. 1865 wurde er
aus Berlin ausgewiesen, und er wandte sich nach Leipzig,
das eine lange Reihe von Jahren sein Aufenthalt werden
sollte. Die Ausweisung traf ihn jedoch gerade in den
schlimmsten Verhältnissen, kurz vorher war ihm die zweite
Tochter geboren worden und seine Frau litt noch unter
den Folgen des Wochenbetts und überhaupt unter den
jahrelangen Entbehrungen und Sorgen. Sie brach ohn-
mächtig zusammen, als sie die neue Unglücksbotschaft er-
hielt. Die Familie mußte zunächst noch einige Monate
in bedrängtester Lage in Berlin zurückbleiben. In Leipzig
fand der so schwer verfolgte und doch unbeugsame Ver-
fechter seiner Ideale vorläufig auch nur ein spärliches
Einkommen durch Vorträge in dem Arbeiterbildungsverein,
Referate in Versammlungen, Korrespondenzen usw. Hier
lernte er aber auch Bebel kennen und wurde ihm Freund
und Lehrer.

Nach dem Kriege von 1866, der den Norddeutschen
Bund brachte, glaubte Liebknecht wieder ungehindert nach
Berlin gehen zu können; als er nach dort reiste, wurde er
jedoch sofort von der Polizei festgenommen und nach drei-
wöchentlicher Untersuchungshaft, zu drei Monaten Gefäng-
nis verurteilt. Während der Untersuchungshaft hatte man
seine Familie ohne jede Nachricht über seinen Verbleib ge-
lassen, so daß seine Frau glaubte, es sei ihm ein Unglück
zugeschlagen. Als sie endlich sein Schicksal erfuhr, brachte
es ihr den Tod. Liebknecht fand, als er zurückkehrte, seine
Frau sterbend vor! Es war die schwerste Zeit seines
Lebens.

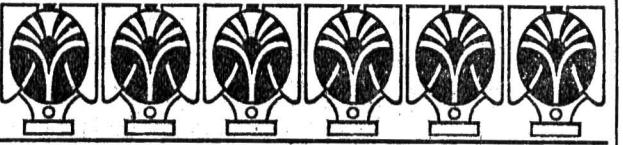
All diese Leiden steigerten aber nur seinen Eifer, für
den Sozialismus weiter zu wirken. Bei der ersten Wahl
zum Norddeutschen Reichstage stieg er im Wahlkreis
Stollberg-Schneeberg. 1868 gelang es der Partei, ein
eigenes Organ zu gründen, das „Demokratische Wochen-
blatt“, und nun ging es in den folgenden Jahren trotz
aller Unterdrückungsmaßnahmen und auch trotz der inneren
Kämpfe in der Arbeiterbewegung zwischen Lassalleanern

und Eisenachern vorwärts. Wenigstens die allergrößten
Sorgen nahmen dadurch für Liebknecht allmählich ein Ende.
1868 hatte er aufs neue geheiratet und in einer seiner
Verwardien aus der Heimat eine gleichstrebende und auch
schriftstellerisch tätige Frau gefunden, die ihm bis zum
Tode die stützende Gefährtin geblieben ist. Sie schenkte
ihm zu den beiden Töchtern aus erster Ehe noch fünf Söhne.
Von Verfolgungen blieb er auf seinem ferneren Wege aber
noch lange nicht verschont. Kam doch erst die Zeit der
richtigen Sozialistenhaft. Zuerst wurde ihm, Bebel und
Kepner, im Jahre 1872 der bekannte Hochverratsprozeß
aufgehängt, weil die Kritik, die an den Herrschenden ge-
übt worden war, diese zu empfindlich getroffen hatte. Zwei
Jahre Festungshaft war der Lohn, die allerdings nicht allzu
schwer zu verbüßen waren, da die Staats-„verbrecher“ in
Hundertstübchen verhältnismäßig recht gute Zeit genossen.

Einige Jahre ziemlich ungeörterter Parteiarbeit folgten
— ungeführt von außen —, bis der Schrecken des So-
zialistengesetzes einsetzte, mit dem Bismarck den zu immer
unheimlicherer Stärke angewachsenen politischen Macht-
faktor der Arbeiterbewegung zu zertrümmern gedachte, um
seine Schutzpolitik ungestört einleiten zu können. Wie-
der wurde Liebknecht aus seiner Existenz herausgerissen,
denn das Zentralorgan der Partei, der in Leipzig erschei-
nende „Vorwärts“, war natürlich das erste Opfer des
Schandgesetzes. Die Ausweisung aus Leipzig folgte später,
als er auch der sächsischen Regierung durch sein Auftreten
als Abgeordneter in der Zweiten Kammer „lästig“ fiel.
Schnell war der kleine Belagerungsstand über Leipzig
verhängt und Liebknecht wurde von dort vertrieben. Aller-
dings ging er nicht weit — im benachbarten Borsdorf ließ
er sich nieder, und von dort aus wurde nun der Kampf
geführt. Zwei Monate Gefängnis heimte er in dieser
Periode noch so nebenbei für ein von ihm verfaßtes Flug-
blatt ein.

Nach dem Fall des Ausnahmegesetzes siedelte der
„Alte“, der er inzwischen geworden war, nach Berlin über
und übernahm die Leitung des nun dort herausgegebenen
Zentralorgans. Das letzte Jahrzehnt seines Lebens ge-
staltete sich jetzt freundlicher; die Partei, nachdem sie groß
und stark geworden war, betrachtete es als ihre Ehren-
pflicht, ihm endlich eine würdige sorglose Existenz zu ge-
währleisten. Kostlose Tätigkeit war aber nach wie vor
sein Lebensbedürfnis, und er hat sie mit Ausnahme von
vier Monaten, die die deutsche Gerechtigkeit unter Zuhilfenahme
des Dolus eventualis dem siebzehnjährigen Manne
noch für eine angebliche Majestätsbeleidigung auferlegte,
bis zur letzten Stunde vor seinem Tode geübt.

Die hier nüttern aneinander gereihten Tatsachen
lassen wohl am besten die Charaktergröße dieses Mannes
erkennen, dem das Proletariat Deutschlands und der gan-
zen Welt so unendlich viel verdankt. Er selber hat sich in
Leipzig vor den Geschworenen, wo er als ein niedriger
Verdächtigter gebrandmarkt werden sollte, als einen „Sol-
daten der Revolution“ bezeichnet und der ist er wirklich in
jedem Augenblick seines Lebens gewesen. „Ich habe kein
Gefühl für die Gefahr“ und: „Niemand in der Defensive
— immer in der Offensive“, waren zwei seiner Wahl-
sprüche, nach denen er ständig gehandelt hat. Seine Pflicht-
treue und sein Opfermut soll dem jungen Nachwuchs der
Arbeiterbewegung stets als Beispiel dienen!



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Ueber die vorgenommene Hausagitation unter
Bäckern und Konditoren sollte bis zum 31. Juli an
die Hauptverwaltung seitens der Zahlstellenvorstände berichtet
sein. Bis jetzt fehlen nun noch folgende Zahlstellen mit diesen
Berichten: Königsberg, Görlitz, Waldenburg, Weißwasser,
Stein, Brandenburg, Cottbus, Dresden, Leisnig, Ehren-
friedersdorf, Delsnitz im Erzgebirge, Delsnitz i. V., Plauen
im Vogtland, Thum, Zwickau, Zwönitz, Weisenfels, Witten-
berg, Eisenach, Almenau, Pöhlitz, Weimar, Alfeld, Braun-
schweig, Elmshorn, Harburg, Uetersen, Neumünster, Schwerin,
Bremen, Oldenburg, Begeack, Hagen, Remscheid, Düsseldorf,
Biersen, Marburg, Darmstadt, Colmar, Metz, Freiburg i. Br.,
Biberach a. Nh., Bayreuth, Hof, Schwabach, Passau, Straubing
und Traunstein. Die Vorstände dieser Zahlstellen oder Ver-
trauensleute der Einzelmitglieder werden hierdurch auf-
gefordert, umgehend die Berichtsformulare über diese Haus-
agitation einzusenden.

Bis Ende September soll in allen Industrieorten unter
den Arbeitern und Arbeiterinnen der Schokoladen-,
Zuckerwaren-, Kaffee- und Lebkuchenindustrie
eine planmäßige Hausagitation entfaltet werden, wozu das
Material an die Vorstände dieser Zahlstellen in den nächsten
Tagen versandt wird. Wir eruchen dringend, daß die Mit-
glieder bei dieser Hausagitation die Vorstände der Zahlstellen
durch rege Mitarbeit unterstützen, damit uns diese Hausagitation
auch wieder eine große Anzahl neuer Mitglieder bringen wird!

Mit dem letzten Korrespondenzblatt sind den Zahlstellen
die neuen Verbandsplakate zugestellt worden. Dieselben
wolle man überall in den Verkehrslokalen zum Aushang
bringen. Wo nach einem Orte nicht genügend Plakate gesandt
sein sollten, bitten wir baldigst um die Nachbestellungen.

Ausgeschlossen wurde auf Antrag der Zahlstelle
Frankfurt a. M. Heinrich Grehling (Buch-Nr. 10 767)
wegen Streikbruchs.

Der Verbandsvorstand.
J. A.: D. Allmann, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 1. bis 6. August gingen bei der Hauptkasse des Ver-
bandes folgende Beträge ein:

Für Juli: Zahlstelle Bielefeld M. 200,15, Essen 262,95,
Hannover 435,05, Friedberg 40,40, Jena 52,50, Eisenach 31,20,
Stetal 30,70, Biersen 35, Uetersen 34,50, Breslau 263,50,
Landshut 386,40, Eßlingen 21,20, Magdeburg 566,05, Dresden
2710,40, München 2705,95, Cassel 222,80, Herford 410,90,
Striegau 24,80, Meuselwitz 65,30, Sieben 14,10, Stuttgart
428,60, Grimmitzschau 44.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: G. St.-
Grabow M. 25, F. W.-Schüllsdorf 10, S. E.-Wesig 3, J. St.-
Brüffel 15,93, W. W.-Zeven 4,50, W. R.-Wonn 2, S. W.-
Fröndenberg 6,60, W. N.-Lehesten 6.

Für Abonnements und Annoncen: B.-Blatten-
hain M.—,50, Br.-München 13.

Für „Geschichte der Bäcker- und Konditor-
bewegung“: Zahlstelle Essen M. 6, Stuttgart 4, Sieben 4,
Cassel 12, Dresden 30, München 32.

Verichtigung: In Nr. 32 muß es heißen: Bochum
M. 58,70 statt 48,70.

Der Hauptkassierer. D. Freitag.

Aus den Bezirken.

Adressenänderungen.

Plauen i. V. Vorsitzender: Arno Seidel, Hegel-
straße 26, 1. Et. Alle Sendungen sind an diese Adresse zu
richten.

Heute ist der 33. Wochenbeitrag
(14. bis 20. August) fällig.

Lohnbewegungen und Streiks.

(Die Berichterstatter über Lohnbewegungen werden ersucht, bei
allen Meldungen über erfolgte Tarifabschlüsse auch die Zahl der
daran beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen anzugeben!)

Tarifvertrag mit der Brotfabrik Kummer in Dort-
mund. Mit obengenannter Firma wurde nachstehender
Tarifvertrag abgeschlossen:

Tarifvertrag.

Zwischen der Firma Ernst Kummer, Brotfabrik, Dort-
mund, einerseits und dem Deutschen Bäcker- und Konditor-
verband (Zahlstelle Dortmund) andererseits ist folgendes
vereinbart:

Löhne. Sämtliche Löhne gelten als Wochen- und
Minimallöhne. In die Woche fallende Feiertage werden
mitbezahlt. Kost und Logis haben sämtliche Arbeiter außer
dem Hause des Arbeitgebers. Das Lohnminimum beträgt:

- a) Backstubearbeiter M. 28;
- b) Teigmacher M. 30;
- c) verantwortliche Ofenarbeiter M. 32.

Aushilfsarbeiten sind, falls dieselben drei Tage und
darunter betragen, pro Schicht mit M. 5 zu bezahlen. Vor-
arbeiten an Sonntagen (Sauerteigmachen) werden mit M. 1
vergütet. Bisher bestehende Löhne dürfen nicht gekürzt
werden.

Arbeitszeit. Die Arbeitszeit beträgt 10½ Stun-
den, einschließlich der nötigen Etpausen. Die Arbeits-
woche darf nicht mehr als sechs Schichten enthalten. Bei
Tag- und Nachtschicht wechseln die Schichten für jeden Ar-
beiter wöchentlich.

Ueberstunden. Ueberstunden sind möglichst zu
vermeiden, falls solche jedoch nötig sind, sind dieselben
mit 60 % pro Mann und Stunde zu bezahlen.

Ferien. Jedem Arbeiter werden nach einjähriger
Tätigkeit im Betrieb drei Tage, nach dreijähriger Tätigkeit
sechs Tage Ferien unter Fortbezahlung des Lohnes ge-
währt.

Arbeitsnachweis. Bei Bedarf von Arbeits-
kräften werden dieselben vom Arbeitsnachweis des Ver-
bandes, Dortmund, Mühlentstraße 6, bezogen.

Sanitäre Einrichtungen. Den Betriebs-
arbeitern stehen Badeeinrichtung sowie Ankleide- und Eß-
raum zur Verfügung, die den gesundheitlichen Anforderun-
gen entsprechend eingerichtet sind.

Betreffend § 616 des Bürgerlichen Ge-
setzbuchs. Der Lohn wird den Arbeitern weitergezahlt,
wenn sie durch einen in ihrer Person liegenden Grund für
eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit an der Arbeit
verhindert werden. Als nicht erhebliche Zeit werden nach
der Beschäftigungsdauer von einem Monat bis zu einem
Jahre drei Tage angesehen, bei längerer Beschäftigung
eine Woche. Auf den Lohn für diese Tage kann jedoch
Krankengeld oder ähnliche aus gesetzlicher Versicherung
dem Arbeiter zustehende Unterstützung in Anrechnung ge-
bracht werden.

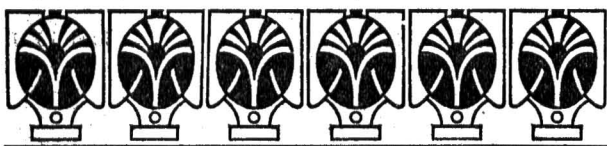
Schlichtung von Differenzen. Aus dem
vorstehenden Vertrage entstehende Streitigkeiten werden,
falls dieselben durch Verhandlungen des Meisters mit den
Arbeitern des Betriebes nicht beigelegt werden, einem
Einigungsamt bezw. Tarifamt unterbreitet. Dieses Tarif-
amt besteht aus einem von den Betriebsarbeitern zu wäh-
lenden Vertreter, einem Vertreter des Bäcker- und Kondi-
torverbandes und zwei von der betreffenden Firma zu
bestimmenden Vertretern unter dem Vorsitz des jeweiligen
Vorsitzenden des Gewerbegerichts zu Dortmund. Der
Schiedspruch dieses Amtes ist endgültig und für beide
Teile bindend.

Tariffdauer. Vorstehender Tarif gilt für die
Dauer von drei Jahren, beginnend am 1. August 1910,
endigend am 1. August 1913. Die Kündigung muß von
einer der beiden Parteien einen Monat vor dem 1. August
1913 erfolgen. Falls keine Kündigung erfolgt, gilt der
Tarif auf ein weiteres Jahr.

Der Tarif und die Betriebsordnung sind an sichtbarer
Stelle im Betriebe auszuhängen.

Dortmund, den 1910. (Unterschriften.)

Meuselwitz. Für die sechs beschäftigten Arbeiter, zwei Bäcker, zwei Kutscher und zwei Müller, wurde in der Dampfbackerei und Mühle des Herrn Trehde-Borna bei Leipzig ein nennenswerter Erfolg erzielt. Nach eingehender Besprechung mit den in Frage kommenden Arbeitern einerseits und dem Besitzer andererseits seitens der Bezirksleitung der Zahlstelle Meuselwitz wurden für die Bäcker M 2 bis M 3 Lohnzulage und die übrigen Arbeiter M 1 pro Woche erreicht. Wohl hatte man ursprünglich einen Tarif für diesen Betrieb zu erreichen versucht, jedoch mit Rücksicht auf die Jugend des Unternehmers und aus einigen andern Gründen wurde davon abgesehen. Immerhin ein schöner Erfolg für die Kollegen und die Organisation. Der weitere Ausbau der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem Betrieb soll und muß Aufgabe der Zukunft sein. Den Kollegen in Borna sei aber zugerufen: Bleibt dem Verbands treu und werbt neue Mitglieder für denselben, damit in diesem schwarzen Schusterneft baldigst eine Zahlstelle errichtet werden kann. Vereinzelt sind wir nichts, vereinigt alles!



Korrespondenzen.

(Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Einsendungen müssen mit dem Zahlstellenstempel versehen und vom Vorsitzenden gegenzeichnet sein.)

Bäcker.

Dresden. Bericht für Monat Juli. Am 26. bzw. 28. Juli fanden im Plauenischen Grunde und in Dresden interne Besprechungen der Bäcker statt; sie erfreuten sich eines sehr guten Besuches. Die ganz verstopften Versammlungsschwämme fehlten freilich auch bei diesen wichtigen Anlässen. Am 17. Juli referierte Kollege Reymann in Bautzen. Der Besuch hätte sollen besser sein. Trotzdem kann gesagt werden, daß es auch dort, wenn auch langsam, vorwärts geht.

Flensburg. Bei der am 5. August hier stattgefundenen Mitgeleitenwahl haben wir nach einjährigem Bestehen unserer Zahlstelle einen glänzenden Sieg aufzuweisen. Wenn auch die für den vorhergegangenen Dienstag geplante Wahl auf den Freitag verschoben wurde, ist es doch ein Rätsel, warum unsern volljährigen Kollegen, welche beim Innungsmeister arbeiten, zum ersten Wahltage keine Einladung zu teil wurde. Ob da die Furcht vor dem Mitbestimmungsrecht der roten Verbändler mitgespielt hat, wollen wir dahingestellt sein lassen. Aber fest steht, daß die große Mitgliederzahl, auf welche der hiesige gelbe Bund pocht, nur auf dem Papier steht. Die Mehrzahl der Kollegen stimmte für unsere Kandidaten, deren Wahl mit Hochrufen begrüßt wurde. Wir sehen, daß die Flensburger Kollegen immer mehr zur Einsicht kommen, daß ihre Interessenvertretung nur allein im Verband der Bäcker und Konditoren zu finden ist. Hoffentlich ist uns jetzt die Möglichkeit gegeben, mehr als bisher die Kost- und Logisverhältnisse beleuchten zu können. Wir werden vor unserer Agitationsarbeit nicht zurückweichen, wenn wir auch, wie es einigen unserer Kollegen bei der letzten Hausagitation ergangen ist, mit Mehlstäcken aus der Bäckerei vertrieben werden. In den Kollegen von Flensburg liegt es also nunmehr, die Reihen hinter dem Gefellenauschluß zu härten, damit dieser jederzeit in der Lage ist, unsere Interessen zu vertreten.

Gera. An die reisenden Mitglieder in Sachsen-Thüringen richtet die Zahlstelle Gera (Vorstandsmitglied Fr. Bennefeld, Waldstr. 11) das Ersuchen, daß, ehe sie sich an die Innungsarbeitsnachweise wegen Arbeit wenden, erst bei obengenannter Stelle anfragen, da von Gera aus auch die Vermittlung nach Greiz mit geht und teilweise dort (für Thüringen angemessen) etwas bessere Löhne gezahlt werden. Auch für Gera sind ständig Stellen offen — hier heißt es nur, einmal ein Weibchen ein Opfer bringen. Wir werden dann aber auch hier bald einmal einen Vorstoß unternehmen können. Beachte also jeder Kollege, der Lust hat, nach Gera, der Zentrale Thüringens, zu gehen, diese Auforderung — ein Erfolg ist uns dann sicher.

Mühlhausen i. G. Am 31. Juli tagte hier die Halb-jahrsversammlung, welche leider schlecht besucht war. Den Kassenbericht erteilte Kollege Heinrich, worauf ihm ohne Diskussion Decharge erteilt wurde. Kollege Neupert gab in kurzen Zügen den Geschäftsbericht, aus welchem ersichtlich war, daß die Zahlstelle eine rege Tätigkeit entfaltet hatte. Neupert schlug vor, eine Sektionsabteilung am Orte vorzunehmen. Nach lebhafter Debatte konnte sich die Versammlung in der Besetzung des Vorstandes nicht einigen; man nahm nur Ersatzwahlen vor. Der zweite Schriftführer wurde seines Postens enthoben, da er seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Gewählt wurde als zweiter Kassierer Kollege Emil Meher, als zweiter Schriftführer Fr. Ring, als Revisor Kollege Heftl. Als Verlehrslokal wurde das Restaurant „Zur Traube“, von J. Wasmer, Grabenstr. 2, bestimmt. Ferner wurde noch eine dreigliedrige Kommission gewählt, welche die Arbeiten zur Weihnachtstfeier zu erledigen hat.

Offenbach. Eine öffentliche Versammlung beschäftigte sich am Freitag, 29. Juli, mit den Witzhänden im Innungsarbeitsnachweis. Kollege Humelitt führte in seinem Referate aus, daß seit Jahren die Gehilfenschaft das Verlangen stelle, daß das Recht auf Arbeit ohne Rücksicht auf die politische oder gewerkschaftliche Betätigung jedem Menschen zustehen müsse, die Arbeitsvermittlung solle eine Erleichterung dazu sein. Wie aber heute die Innungs- und andere Arbeitsverhältnisse beschaffen sind, werden die Gehilfen geradezu an der Arbeit gehindert. Wenn bisher die Innung vorschützte, daß die Vermittlung unparteiisch geschehe, so sind zahlreiche Beweise dafür da, daß dies nicht der Fall ist; der Vermittler selber und der gelbe Gefellenauschluß erklären offen, daß kein Verbandsmitglied in Offenbach eingestellt werden dürfe. Ein Teil der Ar-

beitgeber habe ebenfalls eingesehen, daß durch den Innungsnachweis meistens die besten Arbeitskräfte von der Arbeit ausgeschlossen werden und darunter auch die Arbeitgeber Schäden leiden; ein Teil Arbeitgeber habe gemeinsam mit den Gehilfen einen paritätischen Arbeitsnachweis mit Anschluß an den Kreisarbeitsnachweis errichtet. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Bäckergehilfenversammlung protestiert gegen die unkorrekte Handhabung des Arbeitsnachweises der hiesigen Bäckereinnung, insbesondere auch, daß der Arbeitsnachweis mit einem Schanklokal verbunden ist, wodurch den Arbeitssuchenden finanzielle Nachteile entstehen. Die Versammlung erklärt, daß der Arbeitsnachweis der Bäckereinnung keineswegs dem Zweck entspricht, den die Arbeitsvermittlung in volkswirtschaftlicher Beziehung einnehmen müßte; er wird zu politischen Zwecken der Unternehmer gegen die Arbeiter ausgenützt, indem politisch oder gewerkschaftlich betätigte Arbeiter an der Arbeit gehindert werden. Die Versammlung fordert daher, daß die Arbeitsvermittlung in unparteiischer Weise geschehe, als ein solcher Arbeitsnachweis komme der paritätische Kreisarbeitsnachweis in Frage. Die Versammlung beauftragt den Vorstand des Bäcker- und Konditorenverbandes, diese Forderung sofort der Innung zu unterbreiten.“ Falls die Innung nicht durch entgegenkommendes Verhandeln dem entspricht, so soll durch die Aufsichtsbehörde die Kassierung des Innungsnachweises gefordert werden. Zahlreiche Gründe liegen vor, welche solches Verlangen rechtfertigen.

Osnabrück. Bäckerverhältnisse. Im schönsten Einbernehmen lebt der Meister mit seinen Gehilfen in unserm Städtchen, nie hört man etwas von Streifgeklüften oder Aufwiegelungsgeboten der ums „Panier des edlen Bäckershandwerks“ gescharten Gehilfen. Doch wir möchten einmal hineinleuchten in die Höhlen des „Friedens und der Harmonie“, um zu sehen, auf wessen Kosten diese Eintracht aufrechterhalten wird. Die Arbeitszeit wird in fast keiner hiesigen Bäckerei eingehalten; es ist uns gelungen, mehrere Bäckereien festzustellen, die zwei bis drei Gehilfen beschäftigen, welche 16 bis 17 Stunden arbeiten müssen. In zwei Bäckereien ließ sich durch einwandfreie Zeugen eine wöchentliche Arbeitszeit von 118 Stunden feststellen. Die Betriebe wurden sofort zur Anzeige gebracht. Außerdem gefällt es noch mehreren Arbeitgebern, ihre Leute Sonntags bis 10 oder 11 Uhr vormittags zu beschäftigen, und wie es mit der väterlichen Fürsorge des Arbeitgebers ausfällt, wird man am besten durch folgendes Beispiel sehen: Ein Kollege (Verbandsmitglied) erhielt ein Zimmer angewiesen, das weder verschließbar war, noch einen Schrank enthielt. Nach einigen Wochen schöpfte der Meister Verdacht, daß der Gehilfe ein „Sozi“ wäre und er schaute sich nicht, in der Abwesenheit des Gehilfen dessen Papiere, Briefe usw. durchzusehen, um eine Bestätigung seines Verdachts zu finden. Natürlich geschah es zu dem Zwecke, die andern Meister vor dem „Roten“ warnen zu können. Und so was schimpft über Terrorismus der Arbeiter!

Fabrikbranche.

Dresden. Bericht für Monat Juli. Die schon im letzten Bericht erwähnten Bezirks-Mitgliederbesammlungen für die Fabrikbranche nahmen im Juli ihren Fortgang und fanden noch 17 statt. Mit Ausnahme von zwei, erfreuten sich diese Versammlungen alle eines über alle Erwartungen außerordentlich guten Besuches. Die rein internen Angelegenheiten anzuführen, erübrigt sich. Gefagt soll nur sein, daß die Aussprache über die Frage Afford oder Zeit- und Minimallohn die einstimmige Ansicht zum Ausdruck brachte, daß das Affordsystem zu bekämpfen und nach Zeit- und Minimallohn zu streben sei. Außerdem wurden noch zwölf Betriebsversammlungen abgehalten, sowie eine öffentliche in Pirna.

Aus Unternehmerkreisen. Bäckerei.

Nochmals Bäckergewerbe und Konsumvereine
Wie sehr B. Goldschmidt in seiner Broschüre „Bäckergewerbe und Konsumvereine“ den Nagel auf den Kopf traf, geht aus der abfälligen Kritik in der Unternehmerpresse hervor, welche an der Arbeit kein gutes Haar läßt. Allen voran macht jedoch „Der Brotfabrikant“ den Rang streitig. In Nr. 28 wird dort ein mit der Überschrift „Rügen über Konsumvereinsbäckereien“ versehener Artikel veröffentlicht, der seiner ganzen Tendenz nach von Redakteur Eder verbrochen wurde, welcher sich selbst als ein Konsumvereinsgegner bezeichnet. In dem Artikel wird nun versucht, die Rentabilitätsberechnung der Konsumvereinsbäckerei Münchensendling und die Produktion von 37 Münchner Kleinbetrieben, wie das Material von unserer Zahlstelle mittels Fragebogen zusammengetragen wurde, anzuzweifeln. Bekanntlich kam Goldschmidt in seiner Broschüre zu dem Ergebnis, daß die Produktion eines Konsumbäckers im Durchschnitt pro Jahr M 24 000 beträgt, die eines Arbeiters in den Kleinbetrieben Münchens nur M 10 000, und knüpfte daran die Schlussfolgerung, daß die Konsumbäckereien, den Kleinbetrieben weit überlegen sind. Im „Brotfabrikant“ wird nun unter allerhand krampfhaften Bindungen und Drehungen zu beweisen versucht, daß diese Behauptung falsch ist. Nämlich, der Konsumverein Münchensendling beschäftigt außer dem Bäckereipersonal noch Kutscher zum Warentransport nach den Verkaufslökalen; das treffe jedoch in den Kleinbetrieben nicht zu, sondern dort ist sowohl Lehrling als Gehilfe auch im Verkaufsgeschäft — Austragen von Waren und Kundenbedienung — beschäftigt, während im Konsumverein diese Arbeit von dem Verkäufer und den Verkäuferinnen besorgt wird. Danach ist die durchschnittliche Jahresproduktion nicht M 18 000, sondern sie schrumpft mindestens um M 8000 herunter. Es ist also nicht wahr, wie von G. in seiner Broschüre behauptet wird, vielmehr leistet der Kleinbetriebe dasselbe, wie eine Konsumbäckerei pro Kopf. Der Artikelschreiber hat sich die denkbarste Mühe gegeben, um Goldschmidt in den Sand zu streuen, es ist ihm aber nicht gelungen. Im Bäckereibetrieb arbeiten außer dem Gehilfen und Lehrling beim Warentransport und Warenverkauf der Unternehmer mit den Familienangehörigen

mit und außerdem noch das Dienstmädchen. Den Warenverkauf im Laden absorbiert vollständig die Frau des Unternehmers, während die Kinder morgens beim Warenaustragen behilflich sein müssen, desgleichen das Dienstmädchen einige Stunden damit beschäftigt wird. Danach sind in einem Betrieb mit einem Gefellen und einem Lehrling bei der Produktion, dem Warenverkauf und -transport nicht zwei Personen, sondern mindestens drei bis vier beschäftigt. Würde die Redaktion des „Brotfabrikant“ auch diesen Umstand gewürdigt haben, dann wäre die Produktion pro Kopf in den Kleinbetrieben noch geringer ausgefallen. Wir brauchen uns dabei nicht länger aufzuhalten, Herr Eder vergaloppiert sich in seinem Eifer gegen die Konsumvereine selbst. In der aus der Goldschmidtschen Broschüre entnommenen Tabelle über die Produktion in 37 Münchner Kleinbäckereien ist ausdrücklich die durchschnittliche Jahresproduktion pro Gehilfe aufgeführt, also das Quantum der Ware, welches von einem Gehilfen erzeugt wird. Der Warentransport und -verkauf scheidet vollständig aus. Wenn der „Brotfabrikant“ diese Tatsache berücksichtigen würde, dann müßte er selbst zugeben, daß die Goldschmidtschen Angaben sich haltig sind, so aber kommt man zu der Ansicht, daß die Redaktion des „Brotfabrikant“ nicht den guten Willen besitzt, um die Entwicklung der Konsumbäckereien ehlich würdigen zu können.

Aus gegnerischen Organisationen.

Der Kriegerbund gegen die Gewerkschaften. Auf einem Abgeordnetentage, den der deutsche Kriegerbund im vorigen Jahre in Eisenach abgehalten hatte, wurde die Errichtung einer Arbeitslosenversicherung angeregt. Der Bundesvorstand will diese Anregung aber nur dann verwirklichen, wenn die Beteiligung stark genug ist. Um das festzustellen, wurde an die Vorstände der Unterverbände ein Rundschreiben verschickt, das einige interessante Stellen enthält. Es heißt darin, daß eine solche Versicherung von großem Segen für den Kriegerbund sein könne, denn sie sei geeignet, „dem Einflusse der sozialdemokratischen Gewerkschaften entgegenzuarbeiten“. Weiter wird gesagt:

„Die sozialdemokratischen Gewerkschaften verfügen über reiche Geldmittel, die sie zum größten Teile für die Zwecke der Lohnkämpfe, zur Unterstützung bei Streiks und bei der durch Streiks oder Aussperrung entstandenen Arbeitslosigkeit, zum kleinsten Teile zu Unterstützungen bei Krankheit und Not verwenden. — Die freien Gewerkschaften haben sich dadurch und durch ihre straffe Organisation ihre Mitglieder, fast zwei Millionen zurzeit, in die Hand gespielt, und sie üben, wie allseits bekannt, einen empörenden Druck auf sie aus, der mit der von der Sozialdemokratie im Munde geführten Freiheit und Gleichheit nicht das mindeste zu tun hat.“

Nachdem so die Schrecknisse der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaftshölle geschildert worden sind, werden nun auch die Herrlichkeiten ausgemalt, die derer warten, die sich in den Kriegerbund aufnehmen lassen, wenn er erst eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit geschaffen habe. Aber diese Versicherung allein zu bilden, erscheine „wegen des damit verbundenen unübersehbaren Risikos allzu gefährlich und daher unausführbar“. Die Gefahr dürfte aber vermindert werden, wenn sie mit einer Krankengeld-Versicherung verbunden werde; die „gegen Tage- oder Wochenlohn arbeitenden“ Krieger sollen Gelegenheit finden, sich gegen Krankheit und Arbeitslosigkeit in ihrem Bunde zu versichern; mit der Versicherung der Handwerker, Kaufleute, Gewerbetreibenden und Beamten will man vorläufig angeblich aus technischen Gründen noch warten. Ein vollständiger Plan wird noch nicht gegeben, nur flüchtige Umrisse gibt der Bundesvorstand bekannt, aus denen wir folgendes entnehmen: Mit der Arbeitslosen-Versicherung soll die Benutzung der öffentlichen und privaten Arbeitsnachweise verbunden werden; die Errichtung eigener Arbeitsnachweise wird „in der ersten Zeit“ nicht beabsichtigt. Ueber die Leistungen der Versicherung heißt es:

In Aussicht genommen ist nach sechsmonatiger Mitgliedschaft eine Wochenrente von M 10 und eine Unterstützungs-dauer von je acht Wochen während eines Jahres in Fällen unverschuldeter Krankheit oder Arbeitslosigkeit, mit Ausnahme der durch Streiks oder Aussperrung entstandenen Arbeitslosigkeit während der Dauer derselben. Bei längerer als dreijähriger Mitgliedschaft könnte die Unterstützung bis zu je dreizehn Wochen im Jahre ausgedehnt werden.

Der wöchentliche Mitgliedsbeitrag für je M 10 Wochenrente soll 75 ¢ betragen. Die Kassenmitglieder sollen Rechtsanspruch auf die Unterstützungen haben. Die Verbände- und Vereinsvorstände werden ersucht, bis 1. November d. J. mitzuteilen, ob sie gemillt sind, „die Durchführung des Planes dauernd und wirksam zu unterstützen“ und „ob sich die genügend große Anzahl von Kameraden findet, die an der neuen Kasse teilnehmen wollen“. Findet sich eine genügende Teilnehmerzahl, so soll dem nächsten Abgeordnetentag in De t m o l d eine entsprechende Vorlage unterbreitet werden.

Aus alledem ist ersichtlich, daß der Kriegerbund zu einer allgemeinen gelben Organisation umgestaltet werden soll. Durch die Vermittlung von Arbeitsstellen und die Verweigerung der Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen werden die Mitglieder zum Verrat an ihren Klassenangehörigen angehalten. Wenn der Vorstand des deutschen Kriegerbundes jedoch meint, daß er mit einer solchen „Versicherung“ bei der Arbeiterschaft Erfolge erzielen oder gar der Gewerkschaftsbewegung Abbruch tun wird, so irrt er. Im Gegenteil: Die denkenden Arbeitermitglieder werden den Kriegervereinen mit Abscheu den Rücken kehren, wenn sie zu vollkommenen Streikbrechervereinigungen gemacht werden sollten.

Wischnöbki winselt weiter. In Nr. 32 der „Dresdner Bäckermeisterzeitung“ vom 7. August d. J. ist im Bericht über die Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes vom 29. Juli folgendes zu lesen: „... Eine Zeitschrift des Bundes handwerkstreuer Bäckergesellen Deutschlands, betreffend: „die Verbreitung seines Verbandsorgans“, soll dem Gesamtvorstand in seiner nächsten Sitzung unterbreitet

werden, da der geschäftsführende Vorstand über diesen Punkt zu beschließen sich nicht für ermächtigt hält.

Es scheint immer „Nadriker“ zu werden. Natürlich werden die „hellen Sachen“ mit allen Mitteln arbeiten, um dieses „Orjan“ unterzubringen. Die Ueberweisung an den Gesamtvorstand deutet aber an, daß ein echter und richtiger Kriegsplan entworfen werden soll. Immer zu, schließlich arbeitet man nur für uns.

Wo sind die gelben Zweigbundeskaßierer? Im Lager des gelben Bäderbundes muß es in bezug auf die Geschäfts- und Kassenführung noch viel schlimmer bestellt sein, als von uns schon wiederholt zum Ausdruck gebracht wurde. Kürzlich berichteten wir, daß in Weimar und Chemnitz von den Zweigbundeskaßierern keine Abrechnung gegeben werden konnte, weil diese meistertreuen Führer vorzogen, der Tagung nicht beizuwohnen. Selbst der sächsische Bundesvorsitzende Sey, der wohl nach Chemnitz zum Bundesstag gefahren ist und vom Empfangskomitee gesehen wurde, blieb dem gelben Trauerspiel fern. Nun berichtet die bürgerliche Presse über den zweiten Zweigbundesstag der Gelben in Mecklenburg: „Der Vorsitzende teilte nach Verlesung des Protokolls mit, daß die Anfertigung des Jahres- und Kassenberichts sich verzögert habe und demnach durch die Bundeszeitung veröffentlicht werden würde. Uns drängt sich die Frage auf: Hat auch hier der Kaßierer durch Abwesenheit gegläntzt und wußte kein Mensch, welche Gelder vereinnahmt wurden? Um so verdächtiger ist es aber, wenn der Kaßierer anwesend und nicht imstande war, über die Einnahmen aus den Meisterinnungen berichten zu können. In solchen Fällen, wo über das Kassengebaren nicht berichtet werden kann, werden die Kollegen zu der Ansicht kommen, entweder hat man es hier mit ausgesprochenen Trotteln und Idioten, die nicht imstande sind, die einfache Abrechnung fertigstellen zu können, oder mit abgefeimten Gaunern zu tun, welche in ihrer Meistertreue von den sauer verdienten Groschen ein stotzes Leben führen. In dieser pestilenzartigen Geruch verbreitenden Fäulnis will das um einen Zigarrenhändler gekaufte Häuflein das Rad der Zeit aufhalten und die Bädergesellen zu ermüdeten Geloten erziehen. Zum Glück denkt das Gros der Gesellen anders und meidet das anrüchliche Lager der Gelben, wo der Schmutz fufshoch liegt. Bald wird auch das letzte Fähnlein der Mitläufer einsehen, daß unter solchen Leuten, wo eine geregelte Geschäfts- und Kassenführung zu den schwächsten Seiten gehört, ein längeres Verweilen für jeden Menschen von Charakter unmöglich ist.“

Die süßen Hirse auf dem Krebsgang. In Nr. 22 haben wir bereits eine Notiz veröffentlicht, nach welcher der Hirsch-Dunderfische Gewerbeverein der Konditoren, Bäcker, Pfefferküchler, Müller und verwandter Verufe den Mitgliederstand im Jahre 1909 von 187 auf 112, also um 40 pZt. heruntergelagert. Jetzt wird im Vereinsblättchen Nr. 32 vom Hauptkaßierer der Hirse eine „Betrachtung“ über den Jahresbericht 1909 veröffentlicht, woraus wir erfahren, daß die Einnahmen inklusive Bestand vom Vorjahre (M. 426,41) nebst einer Kapitalabhebung von der Sparkasse von M. 213,58, die Summe von M. 1361,91 betragen. Demnach ist also die reine Einnahme M. 721,92, welche von den Mitgliedern von Aufnahmen, Beiträgen und sonstigem in die Hauptkasse floßen. Jämmerlicher als in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, könnte die Vereinspielerei der Hirse nicht in Erscheinung treten. Von den Ausgaben wurden für Arbeitslosen-, Reise-, Maßregelungs- und Notstandsunterstützung M. 412,71 aufgewendet, oder pro Mitglied M. 3,68. Am Jahresluß berzeichnete die Hauptkasse einen Bestand von M. 254,74. In ihrem langjährigen Bestehen seit 1889 sind die Hirse nicht vorwärts gekommen, vielmehr heute nach 21 Jahren auf einen Stand angelangt, bei welchem sie einsehen müßten, daß für ihre verschommenen Organisationsbestrebungen unter unsern Berufscollegen kein Boden vorhanden ist. Die Offiziere der Hirse ohne Soldaten wollen das nicht begreifen, obwohl es selbst zugegeben wird: „In einzelnen Vereinen geht es vollständig rückwärts und wieder einige Vereine stehen gänzlich still.“ Oder: „Sehen wir uns doch die Mitarbeit der Kollegen an, kaum ein Lebenszeichen geben die Vereine von sich.“ Unter solchen Umständen muß man sich nur wundern, daß die Führer ihrem Vereinchen noch eine große Bedeutung beimessen wagen und die Meinung aussprechen, auch sie seien imstande, auf die Bessergestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Berufsangehörigen einen Einfluß auszuüben. Nach den Vorgängen in Thorn ist vom Gegenteil die Rede, dort sind sogar die Hirse zu Lohnrückständern geworden. Unter solchen Vorwissen ist es natürlich erklärlich, daß die Berufscollegen im weiten Bogen der Hirsch-Dunderfischen Vereinspielerei aus dem Wege gehen und die „Offiziere“ allein auf dem sinkenden Brack stehen lassen.

Polizei und Gerichte.

Ein Lehrlingsausbeuter. Ein Fall von Lehrlingsausbeutung gewissenloser Art beschäftigte am 5. August das Schöffengericht in Reslau, vor dem sich der Bäckermeister August Hartmann, Hochstraße Nr. 9, parterre, wegen Gewerbevergehen zu verantworten hatte. Durch die polizeiliche Untersuchung ist festgestellt worden, daß Hartmann seine bei ihm beschäftigten drei Lehrlinge, sämtlich kleine, schwächliche Knirpse von noch nicht 16 Jahren, fortgesetzt täglich länger als elf (1) Stunden beschäftigt hatte. Als dann die Lehrlinge eines Tages durch die fortgesetzte anstrengende, übermäßig lange Tätigkeit dem Zusammenbrechen nahe waren, faßte einer den Mut, zur Polizei zu gehen und dieser im Namen seiner beiden Leidensgefährten sein Leid zu klagen. Die sofort angestellte polizeiliche Untersuchung ergab voll und ganz die Richtigkeit der geschilderten Zustände, auch sagte ein als Zeuge vernommener Schutzmann aus, daß die Lehrlinge seinerzeit einen sehr müden und abgespannten Eindruck auf ihn gemacht hätten.

In der Verhandlung vor dem Schöffengericht ereignete sich nun etwas ganz Merkwürdiges: Alle drei Lehrlinge bekundeten übereinstimmend, und zwar ganz im Gegensatz zu ihren früheren, während der Voruntersuchung gemachten Angaben, daß sie nicht (?) auf Geheiß des Meisters täglich über elf Stunden geschuftet hätten, sondern dies freiwillig (?) (also aus übergroßer Arbeitsfreudigkeit!) getan hätten. Dieser sehr fragwürdigen Bekundung schloß sich auch Hartmann sowie sein als Zeuge erschienener „Geselle“ an. Dem Vorsitzenden kam das aber so merkwürdig

vor, daß er seinem Verdacht, Hartmann habe sich wahrscheinlich einer Zeugenbeeinflussung gegenüber seinen minderjährigen Lehrlingen und seinem Gesellen schuldig gemacht, unerböhlten Ausdruck gab. Vom Vorsitzenden in die Enge getrieben und vor dem Zuchthaus eindringlich gewarnt, gab der Geselle tatsächlich die Möglichkeit (!) einer Zeugenbeeinflussung seitens seines Meisters zu, erklärte aber, selbst „nichts davon gehört“ zu haben.

Das Gericht gelangte vernünftigerweise zu der Ueberzeugung, daß ein grobes Vergehen gegen die Gewerbeordnung vorliege und verurteilte Hartmann — der übrigens wegen Gewerbevergehens schon bestraft ist — dem Antrag des Staatsanwalts gemäß zu M 50 Geldstrafe oder zehn Tagen Gefängnis. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß, wenn sich der Verdacht der Zeugenbeeinflussung noch nachträglich bestätigen sollte, Hartmann auf eine ganz exemplarische Bestrafung rechnen dürfte. Demzufolge sei auch die Sache mit dieser Verurteilung als noch nicht erledigt zu betrachten.

Das sind die „Freuden“ der Lehrzeit, von denen man in christlichen Lehrlings- und Jugendvereinen — wohin die besonders frommen Meister ihre Lehrlinge gern schicken — immer soviel zu erzählen weiß. Der Lehrling und der jugendliche Arbeiter ist zwar nie zu jung, um in der gesetzwidrigsten Weise ausgezogen zu werden, aber immer stets dann zu „grün“, wenn er der freien Organisation beitrete oder seine Rechte und seine Arbeitskraft durch Errichtung von Lehrlingschutzkommissionen zu schützen bestrebt ist.

Mit Rücksicht auf die unerhörte Lehrlingschänderei werden alle Kollegen ersucht, alle derartigen Fälle von Mißhandlung und Uebearbeit dem Vorstand der Zahlstelle mitzuteilen. Die Lehrlinge müssen darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie sich ans Verbandsbureau, Seminargasse 12, wenden.

Vom Polizeikampf gegen die Arbeiterbewegung.

Am 2. August sollte in Königshütte i. Schl. im Lokale des Herrn Gläzel, Kaiserstraße 43, eine Bäckerversammlung stattfinden. Am Tage der Versammlung teilte Gläzel unserm Vertrauensmann brieflich mit, daß in seinem Lokal eine Bäckerversammlung nicht mehr stattfinden dürfe, weil es die Polizei nicht haben wolle. (!) Persönlich zur Rede gestellt, erklärte Gläzel noch, am Tage nach Stattfinden einer früheren Bäckerversammlung seien zirka zehn Polizeibeamte bei ihm gewesen und hätten erklärt, wenn er den Bäckern das Lokal hergebe, würde ihm die Polizei allerlei Schwierigkeiten machen. Statt den Bäckern, welche ihre traurige Lage beschreiben wollten, das Lokal abzutreiben, sollten die Polizeibeamten sich mehr um die gesetzwidrigen Zustände in den Bäckereien kümmern. In einer großen Anzahl hiesiger Bäckereien wird die gesetzlich zulässige Arbeitszeit fast täglich überschritten. Viele von den Schlafräumen sehen eher etwas andern ähnlich als einem Aufenthaltsraum für Menschen. Hier würde die Polizei ausreichend Arbeit finden. Wie wir hören, ist der Bäckermeister Gättner, Tempelstraße, an dieser Lokalabtreiberi nicht ganz unschuldig. Viel Glück haben diese Herren mit ihrer Lokalabtreiberi aber nicht gehabt; denn die fragliche Versammlung konnte trotzdem in einem andern Lokal abgehalten werden. Den indifferenten Bäckergesellen dürften ob solcher Machinationen aber bald die Augen aufgehen.

Wo bleibt denn hier das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht, wenn es die Polizei als eine ihrer Hauptaufgaben betrachtet, den Arbeitern jede Versammlung durch ungesetzliche Beeinflussung der Wirte unmöglich zu machen? Es vergeht kein Tag, wo nicht aus Obereschleien von derartigen Verletzungen des Gesetzes durch Polizisten berichtet wird. Werden die Vorgesetzten hier nicht bald einmal Abhilfe schaffen?

Internationales.

Von den Bäckern Frankreichs.

Wenn man die letzten Nummern des Organs der französischen Bäcker „le Fraternel“ und die letzten Nummern des Organes der französischen Lebensmittelarbeiter „l'Alimentation ouvrière“ durchblättert, hat man den Eindruck, die leitenden Kollegen dieser beiden Organisationen arbeiten mit übermenschlicher Anstrengung an der Werbung neuer Rekruten, an der Aufzucht der tragen, indifferenten Masse, an der Stärkung und dem Ausbau der Organisationen.

In der Tat: Bousquet ist seit einem Monat wieder auf einer Agitationstour in Südfrankreich, das er von Osten nach Westen bearbeitet; Savoie und Leveque sind im Seinedepartement (Paris und Umgebung) tätig. Während ersterer die Aufnahme neuer Scharen von Bäckern, Müllern, Köchen und aus andern Lebensmittelbranchen meldet, sind die letzteren daran, neue Sektionen des Pariser Bäckersyndikats zu gründen und eingegangene wieder aufzurichten. Eines ist natürlich so wichtig und unerlässlich für den Fortschritt der in Betracht kommenden Organisationen wie das andere. Und wir würden das, was man überall anderswo mit der gleichen Intensität tut, nicht als etwas Besonderes hervorheben, wenn nicht eine kleine Wandlung vorliegen möchte. Eine Wandlung von übrigens nicht geringer Bedeutung für den Bestand und das Gedeihen der Organisation. Bisher beschränkte man sich bei den Bäckern (und das ist so ziemlich allen französischen Arbeiterorganisationen gemeinsam) auf die Anwerbung der Indifferenten in grossen Versammlungen. Die wenigen Sektionen, die in einzelnen Bezirken und in einzelnen Vororten von Paris gegründet wurden, sind meistens bald wieder eingegangen, weil man sie nicht pflegte. Das heisst, man bestimmte wohl einen Kollegen, der an einem bestimmten Tage des Monats oder der Woche die Beiträge einzukassieren hatte, man tat aber gar nichts zur Erziehung, weder der jungen Funktionäre, noch der übrigen Neuorganisierten. Nehmen wir nun den besten Fall an: Der zum Einkassieren der Beiträge bestimmte Kollege sei gewissenhaft, was ja leider selten der Wirklichkeit entspricht, und es kämen anfangs auch einige der Sektionsmitglieder in die Sektion. Sie erzählen sich gegenseitig allerhand wichtige und unwichtige Dinge und lernen sich schliesslich kennen. Da aber von der Organisation nicht die Gelegenheit ausgenutzt wurde, sie

durch Vorträge unausgesetzt über den Wert der Organisation zu unterrichten, da die Organisation ferner für den, wenn auch geringen Beitrag, keine greifbaren unmittelbaren Vorteile bietet, verlaufen sich die Neuangeworbenen schon bevor sie auch nur aufs gröbste über die Macht einer Organisation informiert wurden.

Die Wandlung nun, von der wir oben sprachen, besteht darin, dass von den Organisationsleitern der Bäcker mehr Wert auf die erzieherische Tätigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation gelegt wurde und dass sich sofort der Erfolg dieser Taktik eingestellt. Ein kleiner Aufschwung in der Mitgliederzunahme ist zu verzeichnen. Das Syndikat der Pariser Bäcker hatte keine Schulden mehr, trotzdem es in diesem halben Jahre keine Subventionen vom Departement erhalten hatte. Lassen wir übrigens den Bericht der Bäckerorganisation sprechen, und zwar um so eher, als es, wie die Leiter dieser Organisation uns erklärten, wahrscheinlich der letzte sein dürfte, der veröffentlicht worden ist. Man huldigte noch immer der Taktik, dem Gegner die Schwächen verbergen zu wollen.

Kassenbericht vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1910:

Einnahme.	
Beitragsgebühren	228 Fr.
Mitgliedsbeiträge	2797 „ 50 Cent.
Zeitung	89 „
Gewerkschaftshaus	403 „
Sammlungen	70 „ 60 „
Verschiedenes	24 „ 15 „
Zusammen ..	3612 Fr. 25 Cent.

Ausgabe.

An Angestellte	1461 Fr. 45 Cent.
Drucksachen	784 „ 25 „
Plakate und Flugblätter ..	194 „ 40 „
Bureauauslagen	41 „ 80 „
Korrespondenzen	168 „ 50 „
Beiträge an Zentralorganisationen	442 „ 80 „
Streiks und Solidarität	129 „ 90 „
Delegationen	3 „ 10 „
An das Gewerkschaftshaus ..	400 „
Zusammen ..	3626 Fr. 20 Cent.

In der Streikkasse: Fr. 1135,20. An das Gewerkschaftshaus im ganzen abgeliefert: Fr. 1320,50.

Der kleine Aufschwung, von dem wir vorhin sprachen, zeigt sich, wenn wir den monatlichen Durchschnitt der Einnahmen und Ausgaben der letzten sieben Monate des Jahres 1909 und der ersten sechs Monate des Jahres 1910 vergleichen. Die durchschnittliche monatliche Einnahme betrug Fr. 612,36 in 1909 und Fr. 602 in 1910. Dem stehen durchschnittliche monatliche Ausgaben gegenüber von Fr. 700,05 im Jahre 1909 und von Fr. 604,36 im Jahre 1910. Der monatliche Durchschnitt der Einnahmen für Aufnahmen und Mitgliederbeiträge verhält sich folgendermassen: Für Aufnahmen Fr. 36,09 im Jahre 1909 und Fr. 38 im Jahre 1910; für Beiträge Fr. 491 im Jahre 1909 und Fr. 466 im Jahre 1910.

Dass aber auch eine Wandlung vor sich geht, die dahin zielt, den Mitgliedern unmittelbar greifbare Vorteile zu bieten, beweisen die Pastetenbäcker von Paris. Deren Organisation beschloss im Dezember 1909 eine Arbeitslosen-Unterstützungskasse einzuführen und wählte damals eine Kommission zur Ausarbeitung eines Statuts.

Wenn nun auch die Pastetenbäcker nicht die erste französische gewerkschaftliche Organisation sind, die diesen Unterstützungszweig eingeführt hat, so ist ihnen doch kaum eine Handvoll von Organisationen vorausgegangen. Der Einfluss der Maschine, die Tatsache, dass sie ihr sogenanntes Rohmaterial (Konfitüre, Mandelsteig usw.), das sie früher selbst erzeugen mussten, nun geliefert bekommen, hat auch bei den Pastetenbäckern die Arbeitslosigkeit zur ständigen Erscheinung werden lassen. Die magere Subvention, die der Staat gewährt, ist natürlich nicht geeignet, die Arbeitslosigkeit nur entfernt zu mildern.

Was liegt also näher, als dass auch die Pastetenbäcker, wie nach und nach alle französischen Organisationen trotz allen Sträubens tun werden müssen (sie fürchten nämlich, durch Einführung von Unterstützungseurichtungen ihren Organisationen den Klassenkampfcharakter zu nehmen), sich gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zu schützen suchen. Die Einführung eines wöchentlichen Ruhetages oder eine bedeutende Herabsetzung der Arbeitszeit (beides Faktoren, die geeignet sind, die Arbeitslosigkeit einzuschränken) sind weder von den gesetzgebenden Mächten in nächster Zeit zu erwarten, noch sind die Bäcker imstande, diese Forderungen zu erkämpfen. Bleibt also nur die Unterstützung der arbeitslosen Kollegen durch gemeinsam aufgebrachte Geldmittel.

Uebrigens, dass sich die Leitung der Organisation der Tragweite dieser Reform bewusst gewesen ist, dass sie mit der Einführung dieser Reform nämlich — nach französischen Begriffen — den Boden der revolutionären Gewerkschaft verlässt und sich einem vulgären Gegenseitigkeitsverein nähert, geht aus der einfachen Tatsache hervor, dass die interessierten Kollegen per Fragebogen konsultiert wurden. Der Fragebogen enthielt die Fragen für oder gegen eine Unterstützungskasse, ob diese obligatorisch oder fakultativ sein sollte. In voller Unabhängigkeit hatte sich die Mehrheit der Befragten für eine obligatorische Unterstützungskasse ausgesprochen.

Nachdem die Kommission sich nun durch das Studium des Materials der Organisationen, bei welchen diese Einrichtung bereits bestanden hatte, unterrichtete, arbeitete sie ihre Vorschläge aus. Sie sind sehr einfach. Alle Arbeitslosen werden während ihrer Arbeitslosigkeit jeden Tag zu einer bestimmten Zeit ihren Namen in ein Buch eintragen müssen. Die Auszahlung wird jeden Montag stattfinden.

Recht charakteristisch sind die Schlussbemerkungen der Kommission: Wir haben Vertrauen, dass wir mit dieser Einrichtung etwas Nützliches und Positives

geschaffen haben. Indem wir die Arbeitslosigkeit bekämpfen, begünstigen und erleichtern wir die Werbung von Indifferenten.

Die Bemühungen des radikalen Abgeordneten Godard zur Abschaffung der Nacharbeit bei den Bäckern erhielten eine tapfere Unterstützung durch die Erklärungen des Dr. Bernheim, Vorsitzenden des Werkes gegen die menschliche Tuberkulose. Dr. Bernheim konstatiert, dass 70 pZt. der Pariser Bäcker an der Lungenschwindsucht zugrunde gehen, was an den ungesunden Arbeitsbedingungen liegt und an der Nacharbeit. Dass die Bäcker sich nur verhältnismässig wenig am Tage ausruhen und die dadurch geschaffene beständige Müdigkeit sie zum falschen Stärker Alkohol greifen lässt, trägt ungemein dazu bei, dass die Zahl der Tuberkulosekandidaten bei den Bäckern so gross ist. Nicht nur der Hygieniker und der Gesetzgeber habe ein Interesse an der Aenderung der fluchwürdigen Arbeitsweisen dieses Berufes, nein, auch das Publikum. Durch die Ueberarbeit zerstört der Bäcker seinen Körper; er hustet, niest, spuckt und verbreitet dadurch über den Teig und das Brot Tausende von Bazillen, die der Konsument am andern Tage aufnimmt. Die jüngsten Erfahrungen hätten gezeigt, dass zahlreiche Ansteckungen durch den Magen und Darm stattgefunden hätten.

Man sollte daher von den Bäckermeistern moderne hygienische Einrichtungen und bessere Arbeitsbedingungen verlangen. An Stelle der Nacharbeit sollte die Arbeit am Tage treten. Wir beglückwünschen Sie, Herr Abgeordneter Godard, zu ihrem Kampf gegen die Interessen Einzelner und gegen die Routine und sind bereit, sie mit unserer Erfahrung und unserer Autorität in dieser so nützlichen Kampagne zu unterstützen.

Dies im Auszuge die Erklärung Dr. Bernheims. Dass der Kampf um die Tagesarbeit nicht ruht, beweist der Streik der Bäckergehilfen in St. Nazaire (Departement untere Loire). Eine Kommission der 92 Streikenden hatte am 11. Juli zwei Verhandlungen gehabt. Eine mit den Konsum- und Produktivgenossenschaften, mit denen eine Einigung zustande kam. Sie akzeptierten die Abschaffung der Nacharbeit und die anderen Forderungen. 77 Arbeiter haben somit die Arbeit wieder aufgenommen, nach vorheriger Unterzeichnung eines Kontraktes der beiden Parteien. Auch die Unternehmer haben nunmehr, wie wir bereits in letzter Nummer berichteten, die Forderungen anerkennen müssen.

J. Babion.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Zuckerkonvention in Gefahr. Jahrzehntlang bekämpften sich die hauptsächlichsten Produzenten von Rübenzucker, Deutschland, Oesterreich, Frankreich und Russland, sowie die kleineren Staaten untereinander heftig durch die Prämien, die auf die Ausfuhr von Zucker gewährt wurden. Da sich die einzelnen Länder gegenseitig durch hohe Zölle abgeschlossen hatten, so blieb nur der Export nach den Ländern, die keinen eigenen Zucker herstellten, nach Großbritannien und nach den Vereinigten Staaten. Diese erfreuten sich eines außerordentlich billigen Zuckers, ja, man kann fast behaupten, der Zucker wurde ihnen durch die hohen Prämien fast geschenkt. Die Prämien wurden auf der andern Seite durch den hohen inländischen Zuckersoll ausgeglichen, so daß die Bewohner des Produktionslandes unverhältnismässig viel zahlen mußten. Ein solcher Zustand war aber auf die Dauer nicht haltbar, und es kamen Vereinbarungen zwischen den Exportländern zustande, die sogenannten Brüsseler Zuckerkonventionen, durch die die Prämienzahlung verboten und zugleich der Zoll herabgesetzt wurde. Ueberall wurde das Aufheben der Zuckerverfälschung an das Ausland begrüßt, nur nicht in den Ländern, in denen man bisher gerade hierdurch den Zucker halb geschenkt erhalten hatte. England und die Vereinigten Staaten begünstigten jetzt die Erzeugung von Rohrzucker in ihren Kolonien, die Vereinigten Staaten besonders, seit sie im Besitz von Kuba, des wichtigsten Rohrzuckerproduzenten, waren. Aus beiden Ländern ist der europäische Rübenzucker stark zurückgedrängt worden. Das Ende der gegenwärtigen Geltungsdauer der Konvention kommt allmählich heran, und nicht überall ist man einer Erneuerung freundlich gesinnt. Rußland ist zum erstenmal in die letzte Konvention aufgenommen worden, und die Aufnahme war zugleich mit einer Beschränkung des Exportkontingents verbunden, weshalb man dort mit der Konvention nicht sehr zufrieden ist. Der schlimmste Feind ist jedoch England. Wie behauptet wird, will man dort den jetzt erhobenen Finanzzoll auf Zucker in Zukunft differenzieren, und zwar zugunsten der englischen Kolonien. Das wäre vielleicht das Ende des Verbrauches europäischen Rübenzuckers in Großbritannien und der Verlust des wichtigsten Absatzgebietes für den Export, seit die Vereinigten Staaten als Abnehmer ausgeschieden sind. Deshalb ist es wohl begreiflich, wenn man in den Kreisen der Produzenten der Zukunft nicht ganz hoffnungsvoll entgegensteht. Als Rettungsmittel bleibt aber für Deutschland die Ermäßigung der Zuckersteuer erreichen lassen würde. Die bisher vorgeschlagenen Steuerherabsetzungen haben stets eine Ausdehnung des Verbrauches herbeigeführt, so daß auch für den Fiskus sich der erste Ausfall sehr schnell ausgeglichen hat. Die Sache wäre übrigens weniger bedeutungsvoll, wenn nicht der schwarz-blaue Schnapsbott durch seine famose Finanzreform die bereits beschlossenen gewesene Zuckersteuerermäßigung wieder inhibiert hätte. Die Geldentlasten der Ritter und Heiligen werden dem Volke noch oft und stark sehr unangenehm aufstoßen.

Gewerkchaftliche Rundschau.

Die dänischen Gewerkschaften im Jahre 1909. Ein glänzendes Bild stetiger Entwicklung zeigen die dänischen Gewerkschaften, die sogar in den Zeiten der schlimmsten Krise ihren Mitgliederbestand andauernd erhöhen konnten. Den „zentralisierten Gewerkschaftsverbänden Dänemarks“, so heißt die dortige gewerkschaftliche Landeszentrale, gehörten am 1. Januar 1910 insgesamt 98 643 Mitglieder an gegen 96 651 am 1. Januar 1909 und 90 253 am 1. Januar 1908. Die Zunahme im Jahresdurchschnitt

war noch höher: sie betrug etwa 8000 im Jahre 1909. Die Gesamtmitgliederszahl verteilt sich auf 52 Zentralverbände mit 1241 Verwaltungsstellen sowie 9 Lokalverbände.

Die Einnahmen im Jahre 1909 betrugen insgesamt 3 473 909 Kronen gegen 2 222 217 Kronen im Vorjahre; die Ausgaben dagegen 3 012 911 Kronen gegen 2 124 143 Kronen im Vorjahre; 843 753 Kronen wurden für den Streik in Schweden verausgabt. Die zu reinen Unterstützungszwecken verwandten Summen sind demnach von 968 417 Kronen im Jahre 1908 auf 1 551 541 Kronen im Jahre 1909 gestiegen! Das Gesamtvermögen der Gewerkschaften betrug über 3 1/2 Millionen Kronen.

Im Jahre 1909 bezogen 44 Unterstützungskassen für Arbeitslose — darunter 43 gewerkschaftliche — die vom Staate oder den Gemeinden vorgesehenen Zuschüsse oder Subventionen zur Arbeitslosenversicherung. Dieselben umfaßten 83 836 Mitglieder, einschließlich 6634 weibliche. Die Subventionen des Staates erreichten im letzten Jahre die Höhe von insgesamt 576 159 Kronen; dazu kommen noch bedeutende Mittel, die von den einzelnen Gemeinden für den gleichen Zweck bereitgestellt wurden. So subventionierte die Stadt Kopenhagen zum Beispiel die Arbeitslosenkassen im Jahre 1909 mit 131 079 Kronen. Hier sind nicht gerechnet die Summen, die allenthalben infolge eines besonderen Notstandesgesetzes zur Unterstützung der ausgefeuerten Arbeitslosen zur Auszahlung gelangten.

Die immer straffere Organisation der Arbeiterchaft ermöglicht in steigendem Maße die Beendigung der Lohnbewegungen ohne Arbeitsniederlegung, die im verflochtenen Jahre nur bei 2600 Beteiligten stattfand, während 28 771 Mitglieder an Lohnbewegungen ohne Arbeitsniederlegung beteiligt waren. Der Mindestlohn konnte für 8200 Mitglieder, die Akkordlöhne für 1235 Mitglieder erhöht, die Arbeitszeit für 897 Mitglieder durch Tarifverträge verkürzt werden.

Krieg auf den Werften. Auf den Seeschiffswerften in Hamburg ist mit großer Einmütigkeit die Arbeitseinstellung erfolgt, nachdem alle Versuche, mit den Unternehmern in erfolgversprechende Verhandlungen zu kommen, aufgegeben werden mußten. Außer den freigewerkschaftlich organisierten haben auch die Kirche und die Christlichen sich zum größten Teile dem Streik angeschlossen, so daß die Zahl der Streikenden etwa 9700 beträgt. Bei Blohm & Voß befinden sich 4300, bei der Vulkanwerft über 2000, bei der Reihertieg-Werft 1600, bei der Amerika-Linie 700 und auf den kleineren Werften zusammen annähernd 1000 Arbeiter aller Branchen im Ausstand.

Verlangt wird zunächst die Verkürzung der Arbeitszeit von 56 auf 53 Stunden, Umrechnung des Lohnes für 56 auf 53 Stunden und auf diesen so umgerechneten Lohn soll ein Zuschlag von 10 pZt. erfolgen. Weiter wird verlangt die Regelung der unklaren Akkordlöhne. Die Ueberstunden sollen mit 33 1/2 pZt. (bisher 25 pZt.), Nachstunden mit 50 (wie bisher) und Sonn- und Feiertagsstunden mit 75 pZt. (bisher 50 pZt.) bezahlt werden. Endlich soll die völlig ziellose Ueberzeitarbeit in geordnete Bahnen gelenkt werden. Bei der „noblen“ Amerika-Linie betrug die Arbeitszeit noch 60 Stunden, so daß der Stundenlohn ein niedrigerer war als auf den andern Werften. Von den weiteren Forderungen seien noch erwähnt: Schaffung von Einstellungslohn für die einzelnen Berufe in der Weise, daß der bei den bisherigen Einstellungslohn erreichte Wochenverdienst auf 53 Stunden umgerechnet und der erzielte Stundenlohn um 10 pZt. erhöht wird. Die so entfallenden Einstellungslohn sind für jeden Beruf festzulegen. Bei Lohnakkord wie bei jedem festen Akkord ist ein Mindestüberverdienst von 33 1/2 pZt. zu garantieren. Bei Entlassungen oder freiwilligem Austritt aus der Arbeit sind dem betreffenden Arbeiter etwaige Akkordüberschüsse unverkürzt auszuzahlen usw.

Diese in Anbetracht der seit drei Jahren erfolgten kolossalen Lebensmittelverteuerung und der sonstigen Steigerung aller Bedarfsartikel, der Mieten usw. gewiß äußerst bescheidenen Forderungen wurden im Auftrage der Werftarbeiter unter dem 11. Juli d. J. der Gruppe deutscher Seeschiffswerften überreicht. In einem Schreiben vom 26. Juli teilten die Unternehmer mit,

die Lage des deutschen Schiffbaues sei nicht derart, daß er irgendwelche Beunruhigung oder Maßnahmen vertragen könne, die geeignet sind, seine Leistungsfähigkeit noch mehr zu beeinträchtigen. Die in der letzten Zeit für Neubauten im Kriegs- wie im Handelschiffbau erzielten Preise seien so niedrig, daß eher eine Ermäßigung als eine Erhöhung der Löhne daraus resultieren sollte. Die am 1. Oktober 1907 eingetretene Verkürzung der Arbeitszeit auf 57 bezw. 56 Stunden pro Woche habe noch nicht bewiesen, daß die Arbeitsleistungen der Arbeiter entsprechend größer geworden seien, so daß die Werften sich auf eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit nicht einlassen könnten. Den andern Punkten der eingereichten Vorlage könnten die Werften nicht zustimmen, weil sie darin eine Beeinträchtigung des Verhältnisses sowohl zwischen sich und den Arbeitern als auch der einzelnen Arbeiterkategorien zueinander erblickten. Am Schlusse des Schreibens erklärten sich die Unternehmer bereit, mit Vertretern ihrer Arbeiter zusammenzukommen, um ihnen die Gründe für ihre Stellungnahme mündlich zu erläutern, und wollten Vertreter der beteiligten Arbeiterorganisationen wie im Jahre 1907 zur Teilnahme an dieser Sitzung einladen.

Dieses Schreiben bedeutet eine Verhöhnung der Arbeiter. Die „Verhandlung“ dachten sich die Unternehmer in dem Sinne, daß sie den Arbeitern auseinandersetzen wollten, daß sie nicht in der Lage seien, etwas zu bewilligen. Durch Herabsetzung der Akkordpreise sind die Arbeiter in schwerer Weise provoziert worden. Die Werftkapitalisten wollen nach wie vor einseitig dekretieren, was die Arbeiter, die Proben ihrer Mündigkeit abgelegt haben, sich nicht mehr gefallen lassen wollen.

Die in Betracht kommenden Zentralverbände überließen es nun den lokalen Mitgliedschaften, in der ihnen geeignet erscheinenden Weise vorzugehen. Die Forderungen wurden darauf am 1. August von der Verwaltungsstelle Hamburg des Deutschen Metallarbeiterverbandes bei den Hamburger Werften eingereicht, worauf am Dienstag die ad hoc eingesetzten Kommissionen die — ab-

schlägige Antwort der Werften entgegennahmen. Die Werftbesitzer bezw. die Beauftragten des Werftkapitals meinten, die Kommissionen sollten sich nochmals an die Organisation der Unternehmer wenden, an dieselbe Organisation, die sich strikte ablehnend verhalten hat. Diese „Antwort“ wurde mit dem an Einstimmigkeit grenzenden Beschluß der Arbeitseinstellung beantwortet.

Die Werftarbeiter in den andern Hafenstädten haben beschlossen, gleichfalls die Arbeit niederzulegen, sobald die Direktionen ihre Drohung wahrnahmen, Ausperrungen wegen des Hamburger Streiks eintreten lassen zu wollen.

Allgemeine Rundschau.

Die Internationale der Brauereiarbeiter. Bei dem gegenwärtigen Kampfe der Brauereiarbeiter in der Schweiz tritt die Internationale der Brauereiarbeiter auch in bezug auf die Streikunterstützung zum erstenmal in größerem Umfange praktisch in Wirksamkeit. Internationale Verbindungen und Gegenseitigkeitsverträge haben die Brauereiarbeiterorganisationen von Deutschland, Oesterreich, der Schweiz und von Nordamerika schon seit 1895; sie waren darin wohl die ersten von den Gewerkschaften. Auch hatte der deutsche und der amerikanische Verband einen internationalen Kampffonds zur gegenseitigen Unterstützung geschaffen. Dieser Kampffonds wurde aufgehoben und im Jahre 1908 die Unterstüzung bei Kämpfen anders geregelt. Und diese Veranstaltung kommt jetzt den Schweizer Brauereiarbeitern sehr zustatten.

Die Schweizer Brauereiarbeiter haben sich vor etwa Jahresfrist dem deutschen Bohnschützerverband für Brauereien angeschlossen, ohne Zweifel in Rücksicht auf die kommende Tarifverneuerung. Scharfmacher von jeher, suchten sie Rückendeckung bei den deutschen Brauereiarbeitern, um diese im Falle eines Kampfes ihre Kosten tragen und ihre Verluste erregen zu lassen. Sie haben denn auch mit aller Abficht den Kampf provoziert, um die Organisation mit Hilfe der deutschen Brauereiarbeiter und der deutschen Kirch-Dunderschen und christlichen Streikbrecher zur Strecke bringen zu können. Sie sperren zu diesem Zwecke die gesamten organisierten Brauereiarbeiter aus. 1600 Mann stehen im Kampfe. — Da ist dann die neue Internationale der Brauereiarbeiter eingespungen und hat den Schweizer Brauereiarbeitern Mittel zur Unterstützung in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt. Das Sekretariat der Internationale liegt in den Händen des Deutschen Brauereiarbeiterverbandes. Der Kampf kann, da reichliche Mittel vorhanden sind, sehr lange geführt werden, so lange, bis die Schweizer Unternehmer der Vernunft zugänglich sind.

Unternehmerterrorismus. Seit Anfang Mai streifen die Hensburger Brauereiarbeiter. Die Arbeiterchaft unterstützt diesen Kampf der Brauereiarbeiter durch Meidung der Produkte der bestreikten Brauereien. Die Brauereien werden das in ihrem Absatz des Bieres immer mehr gewahrt. Sie haben am 27. Juli nun als Gegenmaßnahme schwarze Listen herausgegeben. Die Unternehmer werden darin aufgefordert, von der Liste der Streikenden 58 namentlich aufgeführten Arbeitern keine Arbeit zu geben, oder wenn Streikende bereits eingestellt sind, diese wieder zu entlassen. Das wird nun freilich ein Schlag ins Wasser sein; denn die Streikenden kannten die vom Arbeitgeberverbände angewendete Kampfsmethode schon und suchten deshalb gleich solche Arbeitgeber auf, die sich dem Terrorismus nicht anschließen. Die Sache der Brauereien wird daher nur bezwecken, daß die gesamte Arbeiterschaft in den beteiligten Orten den Kampf nur um so schärfer führt.

Britische Bisquitfabrikanten in Deutschland. Die englische Bisquitfabrik Peaf, Frean & Co. beabsichtigt, wie die „Schofoladenzeitung“ meldet, eine Filialfabrik in einer norddeutschen Stadt zu eröffnen. Ein Vertreter der Firma zieht zurzeit Erkundigungen über die Lohnverhältnisse usw. ein. — Das ist die bekannte Unternehmerpraktik — man verlegt die Fabrikation ins Ausland, wenn dort billigere Arbeitskräfte vorhanden sind und wenn man dadurch auch Einfuhrzölle sparen kann. Die deutschen Großfirmen verfahren in gleicher Weise. (Siehe Hartwig & Vogel, Gebr. Stollwerk usw.) Diese Herren verdammen den Internationalismus auch nur bei der Arbeiterschaft.

Für die Arbeiterinnen.

Die ungünstigen gesundheitlichen Wirkungen der Frauenarbeit. Eine bemerkenswerte Beobachtung aller Krankenkassen ist, daß die Frauen öfter und auch länger krank sind als die Männer. Das ist ganz offenbar eine Folge der Tatsache, daß die immer mehr in das Erwerbsleben hineingezogene Frau den körperlichen Anstrengungen nicht gewachsen ist, welche die dauernde regelmäßige Berufsarbeit mit sich bringt. Dazu kommen noch die Pflichten der Mutterchaft, welche die Krankheitsgefahren der Arbeiterinnen erhöhen. Das Kaiserliche Statistische Amt hat in seiner neuen großen Statistik der Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse festgestellt, daß auf 100 ein Jahr lang beobachtete, gegen Krankheit versicherte Personen in dem Alter von 2 bis 34 Jahren Krankheitsfälle entfielen

	Männlich	Weiblich
Bei den Pflichtmitgliedern	36,8	47,7
„ „ freiwilligen Mitgliedern	71,8	67,3

Hieraus ist zu ersehen, daß nur bei denjenigen weiblichen Personen die Zahl der Krankheitsfälle höher ist, die erwerbstätig sind. Bei den freiwilligen Mitgliedern aber, die sich der Ruhe pflegen können, ist die Krankheitshäufigkeit bei den Männern größer. Daß im allgemeinen die Krankheitsfälle bei den freiwilligen Mitgliedern zahlreicher sind als bei den Pflichtmitgliedern, erklärt sich daraus, daß die freiwillige Mitgliedschaft vorwiegend nur von kräftlichen Personen aufrecht erhalten wird.

Betrachtet man die auf beide Geschlechter entfallende Zahl der Krankheitsstage nach Altersklassen, so ist be-

merkwürdig, daß die Frauen in den mittleren Jahren den größten Krankheitsgefahren unterliegen. Das zeigt folgende Uebersicht:

Table with 4 columns: Arbeiterklasse, Auf 100 versicherungspflichtige Mitglieder entfielen Krankheitsstage für männliche, weibliche, Die männlichen Mitglieder haben mehr (+) weniger (-).

Hier zeigt sich klar, welchen Einfluß die Mutterschaft ausübt. In dem hierfür in Betracht kommenden Alter der Frauen sind diese der Krankheitsgefahr mehr ausgesetzt, in der übrigen Zeit die Männer. Daß auch hier die in der Mutterschaft und der Erwerbstätigkeit bestehende Doppelpflicht die Ursache trägt, geht daraus hervor, daß bei den freiwilligen Mitgliedern in fast allen Altersklassen gleichmäßig die männlichen Mitglieder mehr Krankheitsstage als die weiblichen haben.

Sichtlich der durchschnittlichen Dauer der Krankheit wird folgendes festgestellt: Es entfielen auf einen Krankheitsfall Krankheitsstage:

Table with 3 columns: Bei den Pflichtmitgliedern, " freiwilligen Mitgliedern, Männlich, Weiblich.

Für das Alter von 25 bis 34 Jahren ergibt sich bei den männlichen Pflichtmitgliedern eine Krankheitsdauer von 20,5, bei den weiblichen von 26,6 Tagen. Auch hier zeigt sich, daß die benachteiligten Frauen nur die erwerbstätigen sind.

Genossenschaftliches.

Eine Generalversammlung des Konsumvereins Flensburg fand am 25. Juli statt. Der Umsatz ist gegen das Vorjahr um M. 70 334,20 gestiegen und betrug am 30. Juni M. 365 055,54. Die am 18. Mai eröffnete Bäckerei beschäftigt zurzeit bei zweimaligem Schichtwechsel einen Meister, zehn Gesellen und einen Arbeiter. Der Brot- und Backwaren-umsatz steigt fortwährend, so daß ein Umsatz von M. 250 000 aus der Bäckerei erwartet werden kann.

Die englische Genossenschaftsbewegung im Jahre 1909. Der dem diesjährigen englischen Genossenschaftstongress vorgelegte Bericht des großen britischen Genossenschaftsverbandes konstatiert für das letzte Jahr ein Wachstum der Bewegung sowohl in die Breite als auch in die Tiefe. Der Verband, der Genossenschaften aller Art umfaßt, die ungefähr 97 pZt. aller britischen Genossenschaftsmitglieder repräsentieren, zählte im vergangenen Jahre 1558 berichtende Vereine gegen 1548 im Jahre 1908. Die allgemeinen Geschäftsergebnisse dieser Vereine sind aus folgenden Zahlen ersichtlich:

Table with 4 columns: Berichtende Genossenschaften, Mitglieder, Anteilkapital in Mark, Umsatz, Reingewinn, 1908, 1909, Zunahme.

Der größte Teil dieser Genossenschaften sind Konsumvereine, die über 96 pZt. aller Mitglieder umfassen; Produktivgenossenschaften wurden 119 gezählt. Der Wert der von ihnen hergestellten Waren zuzüglich des Wertes der Eigenproduktion der beiden Groß-einkaufsgesellschaften betrug im letzten Jahre über 234 Millionen Mark, was einem Wachstum von rund 12 Millionen gegenüber dem Vorjahre entspricht. Hierzu kommt die Eigenproduktion der Konsumvereine, die 160 Millionen Mark im Berichtsjahre überstieg. Die gesamte genossenschaftliche Produktion, die zum weitaus größten Teil für den Bedarf der Konsumvereine geschieht, stellt sich demnach auf fast 400 Millionen Mark, das ist zirka der dritte Teil des Umsatzes dieser Vereine.

89 Genossenschaften (Konsumvereine und Groß-einkaufsgesellschaften) beschäftigten sich auch mit der landwirtschaftlichen Eigenproduktion. Insgesamt bewirtschafteten diese Genossenschaften 6852 acres und hatten darin M. 4 993 900 Kapital investiert. Die erzielten Gewinne betrugen M. 123 120, denen aber Verluste in Höhe von M. 121 480 gegenüberstanden. Es hapert also noch sehr mit diesem Betriebszweig. Der Bericht beklagt ferner, daß so wenig Genossenschaften — im letzten Jahre keine einzige neue — von den Vorteilen der Small Holdings Act's jener Gesezgebung, die die Schaffung kleiner Landstellen besonders für Genossenschaften sehr erleichtert — Gebrauch machten.

Die auf dem vorjährigen Genossenschaftstongress beschlossene Festsetzung von Minimallohnen für die Angestellten der Vereine hat leider in der Hauptsache nur eine platonische Wirkung gehabt. Ein an 1251 Genossenschaften des Bundes gesandtes Zirkular, das über die Durchführung der Stala Auskunft forberte, wurde nur von 195 Genossenschaften beantwortet; und von diesen zeigten sich nur 79 geneigt, die Stala anzunehmen, während 116 Gründe für ihre Ablehnung gaben. Dieser Vorfall stellt dem Einflusse des Bundes auf die Einzelvereine gerade kein glänzendes Zeugnis aus.

Endlich gibt der Bericht Auskunft über die Ergebnisse der auf Beschluß des vorjährigen Genossenschaftstongresses hin einberufenen Konferenz von Vertretern der Groß-einkaufsgesellschaften und des landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbandes zwecks Förderung von Geschäftsbeziehungen zwischen ihnen. Bekanntlich ist das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in England nur schwach entwickelt. Die Konferenz, die am 16. Dezember stattfand, faßte eine Anzahl Beschlüsse, die dahin gingen, daß der genossenschaftlichen Organisation der Landwirte alle erdenkliche Förderung zu gewähren sei, daß diese landwirtschaftlichen Genossenschaften sich dann zu einer Zentralorganisation zusammenschließen sollten, und daß letztere mit den geschäftlichen Zentralen der Konsumvereine den Austausch vermitteln sollen. Praktische Schritte zur Durchführung dieses Programms sind bereits in die Wege geleitet.

Industrielle Rundschau.

Der Kakaoverbrauch in England weist in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres insgesamt, gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres, einen recht ansehnlichen Rückgang auf. Seit Jahresbeginn wurden in Tons = 1016 Kilo:

Table with 3 columns: eingeführt, ausgeführt, verbraucht, 1910, 1909.

Der Verlust kommt ausschließlich auf die ersten fünf Monate — im Juni war der Verbrauch bedeutend stärker als im Vorjahre, denn er stellte sich auf 1714 Tons gegen 1225 Tons im Jahre 1909. Trotzdem macht der Minderverbrauch in diesem Halbjahr etwa 13 pZt. aus.

Für den Kakaoverbrauch in Rußland sind in den ersten vier Monaten 1910 eingeführt worden 1 162 980 Kilo gegen 802 620 Kilo in der gleichen Zeit 1909. Das ist ein Mehr von 360 360 Kilo = 40 pZt.

Literarisches.

Der in seinem 35. Jahrgang vorliegende Neue Welt-Kalender für das Jahr 1911 (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer und Co. in Hamburg) enthält u. a.: Kalendarium. — Postalisches. — Wochenswerte Ablesen. — Statistisches. — Rückblick (mit Illustrationen). — Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Die Niedergerittenen — reiten! Von Heinrich Ströbel. — Goldene Worte. — Die Jubiläums-Lore. Eine lustige Geschichte von A. Ger (mit Illustrationen). — Landarbeiterflucht. Von Otto Braun. — Wilson im Gefängnis. Gedicht von Richard Wagner. — Eine neue Waffe. Von Simon Ragenstein (mit Illustrationen). — Schachtel. Gedicht von Alfons Rebold. — Der Käse. Erzählung von Clara Viebig (mit Illustrationen). — Geschichtliche Mäxchen. — Auf parteigehässigem Boden in Westdeutschland. Von Dr. N. Conrady (mit Illustrationen). — Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten (Statistisches). — Revolution in der Verkehrswelt. Von Felix Linke (mit Illustrationen). — Nacht im Hafen. Gedicht vom Schelm von Bremen. — Sport und Arbeiter. Von Dr. N. Silberstein (mit Illustrationen). — Zwei Miesenkreuz (mit Illustrationen). — Unsere Toten (mit Porträts). — Barcelona. Eine Episode (30. Juli 1909). Gedicht von Ludwig Lefsen. — Fliegende Blätter: Der Untergang. Humoreske von Paul Enderling (mit Illustrationen). — Für unsere Mäxchen-Lieber. — Außerdem vier Bilder: Sonntagnachmittag. — Kein Feuer, keine Kohle kann brennen so heiß, als heimliche Liebe, von der niemand nichts weiß. — Jugend und Alter. — Waldinneres. — Ein Dreifarben-Druck auf Kunstdruckpapier: Steinflöpper. — Ein Wandkalender.

Verband deutscher Mühlenarbeiter. Protokoll des zehnten Verbandstages vom 15. bis 17. Mai in München und Protokoll der Fortsetzung in Berlin. 102 S. Selbstverlag Preis 20 M.

Zentralverband der Dachdecker Deutschlands. Protokoll des zehnten Verbandstages vom 11. bis 15. April in Dresden. 203 S. Selbstverlag. Preis 20 M.

Verband der Kupferschmiede Deutschlands. Protokoll der siebten Generalversammlung vom 28. März bis 2. April in Mannheim. 256 S. Selbstverlag. Preis 20 M.

Verband der Maler usw. Protokoll der Tarifverhandlungen im Malergewerbe vom 5. bis 15. November 1909 und vom 4. bis 8. Januar 1910 in Berlin und Protokoll der 13. Generalversammlung vom 20. bis 22. Februar in Dresden. 462 S. Selbstverlag. Preis 20 M.

Zentralverband der Maschinisten und Setzer. Protokoll der zehnten Generalversammlung vom 15. bis 18. Mai in Hamburg. 214 S. Selbstverlag.

Holzarbeiterverband. Jahrbuch 1909. 415 Seiten. Selbstverlag.

Zentralverband der Schuhmacher. Geschäftsbericht des Zentralvorstandes für 1908/09 an den Verbandstag. 134 Seiten. Selbstverlag.

Gewerkschaftskommission und Arbeiterssekretariat Berlin. Einundzwanzigster Jahres- und Kassensbericht pro 1909. 128 Seiten. Selbstverlag.

Anzeigen.

Advertisement for Franz Hoffmann and his bride Elsa Siewers, wishing the best for their wedding. Includes contact information for Zahlstelle Uetersen.

Advertisement for Hermann Schmitz, wishing happiness to colleagues on their birthdays. Contact information for Zahlstelle Dortmund.

Paritätischer Arbeitsnachweis für Bäcker :: Konditoren und Hilfsarbeiter :: Frankfurt a. M.

Nur an der Schmidtstraße 7, erster Stock, täglich von 11 bis 12 Uhr vormittags. Vermittlung unentgeltlich. Telefon: Nur Städtische Arbeitsvermittlungsstelle, Abteilung Bäcker (keine Nummer)

Paritätischer Arbeitsnachweis für Bäcker :: Konditoren und Hilfsarbeiter :: Offenbach a. M.

Nur Kaiserstr. 68, Hinterhaus, part., täglich von 4 bis 5 Uhr nachmittags. Vermittlung unentgeltlich.

Der Inhaber des deutschen Patentes Nr. 213821, betreffend Vorrichtung zum Lösen von Teig für Brofformmaschinen wünscht zwecks Verkauf des Patentes oder Lizenzerteilung mit Interessenten in Verbindung zu treten. Offerten sub „Lindgren“ an S. Gumaelu, Annoncenbureau, Stockholm (Schweden). [M. 4]

Achtung, Konditoren!

Besseres Restaurant mit vollem Ausschank, schönen Räumen, vorzügliche Lage, für Konditorei und Café sehr gut geeignet, ohne Konkurrenz, ist zu verkaufen. Gefl. Offerten an A. Reichert, Werder a. d. E. [M. 3]

Advertisement for Bäckerei und Konditorei Kohnen & Jöring, Berlin, offering professional clothing and services.

Münchener Bäcker und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Gg. Prem, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Hans Dersuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et., gegenüber dem Verbandslokal.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen. (Wo nichts Besonderes vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Sonntag, 14. August: Altenburg: 2 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Bernsdorf: 4 Uhr im „Deutschen Haus“, Sachsenstraße. — Bernburg: Im Gewerkschaftshaus, Schulstr. 17. — Offen a. d. R.: 3 Uhr im Restaurant „Bürgerhalle“, Poststr. 29. — Görtitz: 2 1/2 Uhr im „Goldenen Kreuz“, Langenstr. 37. — Oagen-Schwerte: 10 Uhr bei Schürhof in Oagen, Hochstraße. — Halle a. d. S.: 3 Uhr, „Zu den drei Königen“, Klausstr. 7. — Jena: 4 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Lübeck: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50. — Neuß: Vorm. 11 Uhr bei Heinrich Reimers, Furterstr. 110. — Oldenburg: 4 Uhr bei Schumacher, Kurbißstr. 28. — Wittenberg b. Halle: Vorm. 10 Uhr, „Zur Einigkeit“, Töpferstr. 1.

Mittwoch, 17. August: Köln a. Rh. (Weißbäcker): 3 Uhr im Volkshaus. — Gelsenkirchen: 5 Uhr im Volkshaus, Kaiserstraße. — Hamburg-Altona (Seefahrer): 8 1/2 Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberackstr. 15. — Leipzig (Bäcker): 4 Uhr im Volkshaus, Zeigerstr. 32. — Thale a. S.: im „Reichskanzler“, Güttenkauffee. — Wolfenbüttel: 8 1/2 Uhr im „Blauen Engel“, Tischstr. 17.

Donnerstag, 18. August: Cottbus: Bei Dießl, Schloßstr. 12.

Freitag, 20. August: Köln a. Rh. (Brotbäcker und Schokoladenarbeiter): 9 Uhr im Volkshaus. — Elberfeld: 8 Uhr im Volkshaus. — Stettin (Konditoren und Tagbäcker): Bei A. Riptow, König-Albert-Straße 48.

Sonntag, 21. August: Apolda: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Landsbut: Im „Goserbräu“, Neustadt 444. — Osnabrück: Vorm. 11 Uhr bei Gerigen, „Osnabrücker Hof“. — Weiskensfeld: Im Gewerkschaftshaus, Wiersburger Straße 16.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Bienenbinderhof 57. — Verlag von D. Almann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.